



Amtsberichte
der kantonalen Gerichte
über das Jahr 2008

Amtsberichte der kantonalen Gerichte über das Jahr 2008

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer
Kassationsgericht
Verwaltungsgericht, Versicherungsgericht, Verwaltungsrekurskommission

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer	3
1. Personelles	4
2. Geschäftslast	5
3. Justizreformen	10
4. Justizverwaltung	14
5. Anwaltspatente	15
6. Rechtsagentenpatente	15
Anhang: Statistik	16
I. Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer	16
II. Kreisgerichte	31
1. Übersichten	31
2. Zivilsachen	34
3. Strafsachen	42
4. Verschiedenes	44
5. Weiterzüge	44
III. Vermittlerämter	45
IV. Schlichtungsstellen für Miete und Pacht	46
Kassationsgericht	47
Verwaltungsgericht	49
1. Verwaltungsgericht	49
2. Versicherungsgericht	54
3. Verwaltungsrekurskommission	58

**Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer
an den Kantonsrat des Kantons St.Gallen**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen gemäss Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes Bericht über die Amtsführung im Jahr 2008.

St.Gallen, im Februar 2009

Im Namen des Kantonsgerichtes,
Der Präsident:
Dr. Niklaus Oberholzer

Im Namen des Handelsgerichtes,
Der Präsident:
Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph Leuenberger

Im Namen der Anklagekammer,
Der Präsident:
Dr. Niklaus Oberholzer

1. Personelles

a) Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)

In der Herbstsession der eidgenössischen Räte wurde Kantonsrichterin Martha Niquille-Eberle als hauptamtliche Richterin an das Schweizerische Bundesgericht gewählt. Sie gehörte dem Kantonsgericht seit 1993 an und präsidierte das Gericht in den Jahren 2005/07. Als langjährige Präsidentin der III. Zivilkammer hat sie die zivilrechtliche Rechtsprechung des Kantonsgerichts massgebend geprägt. Der Kantonsrat wird in der Februarsession eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger zu wählen haben.

b) Kreisgerichte

Auf Ende März trat Walter Pfister nach mehr als 25jähriger Tätigkeit von seinem Amt als Präsident des Kreisgerichts Untertoggenburg-Gossau zurück. Er wurde ersetzt durch Kreisgerichtspräsident Christoph Bossart. Bei den anderen Kreisgerichten waren im Bereich der festangestellten Richter und Richterinnen keine personellen Wechsel zu verzeichnen.

2. Geschäftslast

a) Allgemeines

Die unter Leitung des Kantonsgerichts entwickelten Arbeitsinstrumente erlauben eine differenziertere und damit aussagekräftigere Beurteilung der Geschäftslast der st.gallischen Justiz. Die statistischen Angaben erfolgen auf der Grundlage der im letzten Amtsbericht gemachten Ausführungen.

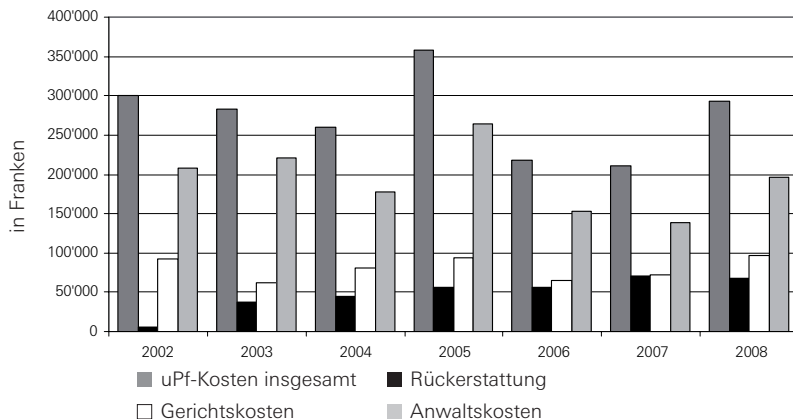
b) Geschäftslast Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)

Die Gesamtzahl der Neueingänge ist um 159 auf 1711 Fälle gestiegen (Vorjahr 1552). Die Berufungen in Zivilsachen sind leicht rückläufig, während die Klagen beim Handelsgericht um mehr als einen Drittel angestiegen sind (66 [Vorjahr 47]). Markant zugenommen haben auch die Präsidialfälle beim Handelsgericht, was mit dem neuen Art. 731b OR zusammenhängt, wonach der Richter eine Gesellschaft bei Mängeln in der Organisation (z.B. fehlender Verwaltungsrat, fehlende Revisionsstelle) nicht nur auflösen, sondern auch ihre Liquidation nach den Vorschriften über den Konkurs anordnen kann. Diese neue Kompetenz hat beim Handelsgericht zu diesem starken Anstieg der Summarverfahren geführt. Bei der II. Zivilkammer haben die Falleingänge bei den Ehescheidungen/Scheidungsfolgen um rund einen Drittel zugenommen (32 [Vorjahr 24]). Dementsprechend sind auch die Gesuche um unentgeltliche Prozessführung (88 [Vorjahr 78]) angestiegen. Bei der III. Zivilkammer haben die präsidialen Falleingänge leicht abgenommen (104 [Vorjahr 119]). In der Strafkammer liegen die Kammerfälle im Rahmen des Vorjahres (215 [Vorjahr 213]). Fast unverändert sind die Eingänge (30) im Vergleich zum Vorjahr (27) bei der Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs und über das Handelsregister. Die Falleingänge beim Einzelrichter für Rekurse ZGB (24 [Vorjahr 26]), dem Einzelrichter für Rekurse OR (41 [Vorjahr 45]) und dem Einzelrichter Rekurse SchKG (63 [Vorjahr 67]) sind weitgehend gleichbleibend. Die Rekurse im Eheschutz bleiben mit 58 Eingängen ebenfalls auf dem Niveau des Vorjahres. Deutlich zugenommen haben die Falleingänge bei der Anklagekammer (372 [Vorjahr 331]), insbesondere die technischen Überwachungsmassnahmen (128 [Vorjahr 94]), während bei der Anwaltskammer gegenüber dem Vorjahr (32) weniger Fälle eingegangen sind (23), was vor allem auf einen Rückgang bei den Kammerfällen zurückzuführen ist. Neben den Entscheiden und verfahrensleitenden Verfügungen, welche in der Fallstatistik erfasst werden, gibt es eine Vielzahl kleinerer Verfügungen (Sistierungen, etc.), die nicht als Fälle erfasst und ausgewiesen werden.

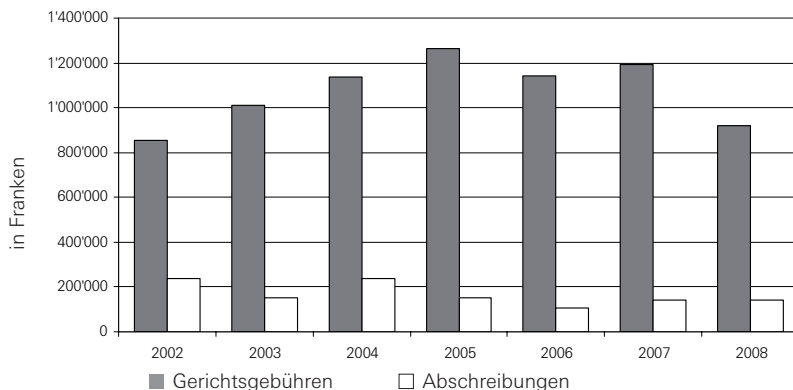
Die Gesuche um unentgeltliche Prozessführung liegen insgesamt über dem Ergebnis des Vorjahres (146 [Vorjahr 123]). Mehr als 50% der Gesuche (88) betreffen Verfahren in Familiensachen. Die Abrechnung der insgesamt bewil-

ligten Gesuche ergibt im Vergleich zum Vorjahr höhere Kosten. Mit der systematischen Bewirtschaftung der Nachforderungen wird eine angemessene Rückerstattung sichergestellt.

Unentgeltliche Prozessführung (amtliche Verteidigung wird über das SJD abgerechnet)



Gerichtsgebühren in Zivilverfahren (Strafverfahren werden über die Staatsanwaltschaft abgerechnet)



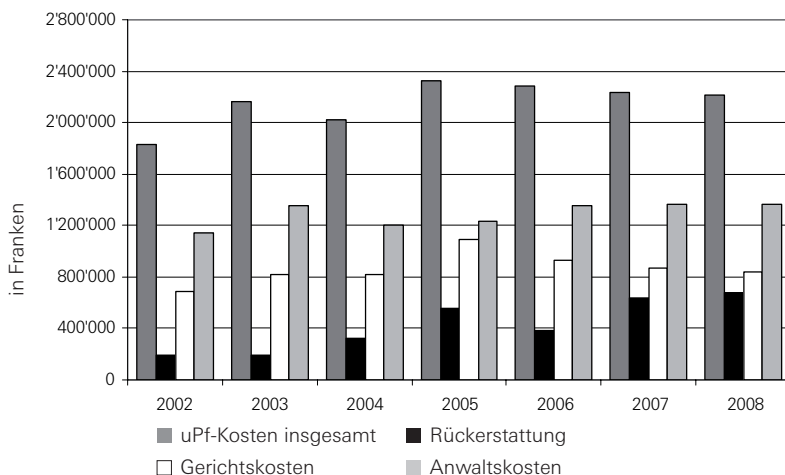
Für die Rechtsprechung wird auf die Gerichts- und Verwaltungspraxis 2008 (GVP) verwiesen.

c) Geschäftslast Kreisgerichte

Die Gesamtzahl der Falleingänge hat gegenüber dem Vorjahr um rund 3% abgenommen (12319 [Vorjahr 12668]). Seit dem Jahr 2005 (13767 [2008: 12319]) sind die Falleingänge der Kreisgerichte um rund 10 Prozent zurückgegangen. Im Berichtsjahr verzeichnen vier Gerichte rückläufige Eingänge, in zwei Gerichten haben die Falleingänge zugenommen und in den verbleibenden Gerichten sind die Eingänge in etwa gleichbleibend. Wie schon im Vorjahr haben die Kollegialgerichtsfälle in Strafsachen im Berichtsjahr weiter abgenommen (-10%), die Kollegialfälle in Zivilsachen (ohne Ehescheidungen/-trennungen) haben gegenüber dem Vorjahr um 15% abgenommen. Der Rückgang der gesamten Falleingänge im Berichtsjahr lässt sich wie im Vorjahr mit einer Abnahme der Einzelrichterfälle namentlich im Bereich der Zivilsachen im einfachen- und Summarverfahren (Miet- und Pachtrecht: -40%, Rechtsöffnungen: -5%, Konkursöffnungen: -12%) erklären. Waren die Kollegial- und Einzelrichterfälle bei den Ehescheidungen/-trennungen in den letzten Jahren rückläufig, so haben sie im Berichtsjahr erstmals wieder (um knapp 10%) zugenommen. Die Gesuche um Eheschutz übertreffen mit 687 Eingängen das Ergebnis des Vorjahres (594), ebenso die Gesuche um vorsorgliche Massnahmen bei den Ehescheidungen/-trennungen (Zunahme: 21%).

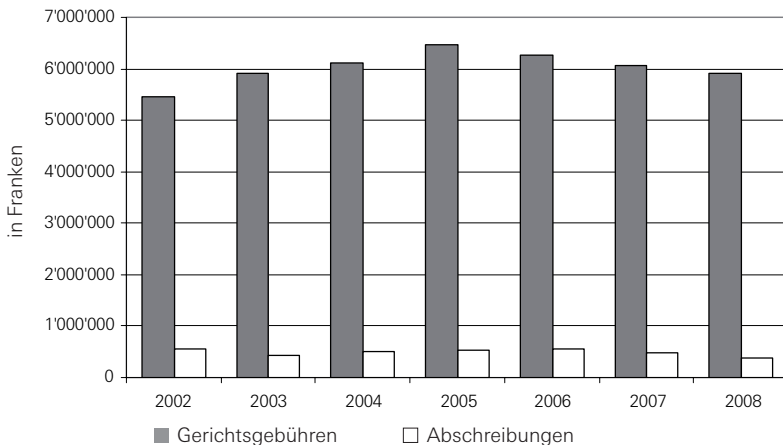
Die Gesuche um unentgeltliche Prozessführung haben mit 1341 [Vorjahr 1309] insgesamt leicht zugenommen, was sich auch in der Entwicklung der Kosten der unentgeltlichen Prozessführung niederschlägt. Wie beim Kantonsgericht sind auch hier die (erfolgreichen) Bemühungen um die systematische Bewirtschaftung der Nachforderungen aus unentgeltlicher Prozessführung festzuhalten.

Unentgeltliche Prozessführung (amtliche Verteidigung wird über das SJD abgerechnet)



Die Fallentwicklung schlägt sich auch in den gesprochenen Gebühren nieder. Die Abschreibungen nicht eintreibbarer Gerichtsgebühren haben sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls verringert.

Gerichtsgebühren (Strafverfahren werden über die Staatsanwaltschaft abgerechnet)



d) Verfahrensdauern

Nachstehend werden die Verfahrensdauern, beschränkt auf die gewichtigeren Verfahren des Kantonsgerichts und der Kreisgerichte, dargestellt (zur allgemeinen Erläuterung siehe Amtsbericht 2006, S.10 ff.).

aa) Kantonsgericht

Wie schon im Vorjahr konnte fast die Hälfte aller Verfahren innert sechs Monaten erledigt werden. Rund drei Viertel der Fälle wurde innert eines Jahres erledigt.

Nur grössere Verfahren	Dauer des Verfahrens (in Monaten)					
	bis 6	bis 9	bis 12	bis 15	bis 18	über 18
Berufungen Zivilrecht I. u. III. ZK (Zuständigkeit Kammer)	14	24	7	9	5	11
Berufungen Zivilrecht I. u. III. ZK (Zuständigkeit Präsident)	22	0	0	0	0	1
Berufungen Zivilrecht II. ZK (Zuständigkeit Kammer)	24	10	3	4	3	2
Eheschutz II. ZK (Zuständigkeit Einzelrichter)	52	3	2	1	0	0
Prozesse Handelsgericht (Zuständigkeit Gericht)	14	10	5	3	0	18
Vorsorgliche Massnahmen Handels- gericht (Zuständigkeit Präsident)	12	0	0	0	0	1
Berufungen Strafrecht SK (Zuständigkeit Kammer)	31	28	18	10	11	9
In Prozenten	46%	20%	10%	7%	5%	11%

bb) Kreisgerichte

Fast zwei Drittel aller Fälle konnten innert sechs Monaten und über 85% aller Fälle konnten innert eines Jahres erledigt werden.

Nur grössere Verfahren	Dauer des Verfahrens (in Monaten)					
	bis 6	bis 9	bis 12	bis 15	bis 18	über 18
Prozesse Zivilrecht (ohne Ehescheid.) (Zuständigkeit Kreisgericht)	186	79	70	56	50	70
Prozesse Zivilrecht (ohne Ehescheid.) (Zuständigkeit Kreisgerichtspräsident [im einfachen Verfahren])	368	68	84	13	10	10
Ehescheidungen/-trennungen (Zuständigkeit Gericht/Fam'Richter) . .	720	236	105	53	33	107
Eheschutz (Zuständigkeit Einzelrichter)	595	35	13	6	8	13
Prozesse Strafrecht (Zuständigkeit Gericht)	138	45	22	7	8	23
Prozesse Strafrecht (Zuständigkeit Einzelrichter)	181	54	27	11	8	10
In Prozenten	62%	15%	9%	4%	3%	7%

3. Justizreformen

a) Neue Gerichtskreise

Die vom Kantonsrat im November 2007 verabschiedete und vom Volk in der Referendumsabstimmung vom Mai 2008 mit grossem Mehr angenommene Justizreform stellte für das Kantonsgericht und insbesondere für die davon betroffenen Kreisgerichte eine grosse, aber auch interessante Herausforderung dar. Für die Umsetzung des Vorhabens auf Beginn der Amtsdauer 2009/15 stand nur eine relativ kurze Zeitspanne zur Verfügung. In einer ersten Phase musste die Organisation der Kreisgerichte den neuen Strukturen angepasst werden. Die «Region Gossau» (sc. der ehemalige bis zum Jahr 2003 bestehende Bezirksgerichtskreis Gossau) wird in das Kreisgericht St.Gallen integriert. Wil wird als Gerichtsstandort aufgehoben und mit dem früheren Bezirksgerichtskreis Untertoggenburg in Flawil vereinigt. Das Toggenburg wird einen einheitlichen Gerichtskreis mit Sitz in Lichtensteig bekommen. Die Gemeinde Eggersriet wird neu zu St.Gallen und die Gemeinde Thal zu Rorschach geschlagen. Die aus der Gemeindefusion hervorgegangene Gemeinde Neckertal wird zum Gerichtskreis Toggenburg gehören.

Mit der Justizreform war nicht nur eine Angleichung der Gebietsstrukturen an die Wahlkreise angestrebt worden, sondern es wurde auch eine Entflechtung der richterlichen Funktionen angestrebt und eine neue Kategorie von Kreisrichtern und Kreisrichterinnen geschaffen. Das Kreisgericht wird neu von einem Präsidenten oder einer Präsidentin geleitet; ihm gehören als Mitglieder in der erforderlichen Zahl festangestellte Richter und Richterinnen mit unterschiedlichen Arbeitspensen sowie nebenamtliche Richter und Richterinnen ohne feste Anstellung an. Um die vorgesehene Entflechtung der richterlichen Funktionen zu erreichen, wurden Gerichtsschreiberstellen teilweise aufgehoben und in Richterstellen umgewandelt. Bei der Berechnung der personellen Kapazitäten für die neuen, gebietsmässig veränderten Kreisgerichte musste berücksichtigt werden, dass die bisherigen Arbeitsgerichte abgeschafft und neu durch Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse ersetzt werden. Der Gesamtbestand der einzelnen Kreisgerichte ist im Kantonsratsbeschluss über die Zahl der Richter und Richterinnen festgelegt, wobei das Kantonsgericht im Rahmen der vorgegebenen Bandbreite die Einzelheiten regelt. Die sieben Kreisgerichte verfügen auf den Beginn der neuen Amtsdauer 2009/15 über sieben Präsidenten oder Präsidentinnen und über insgesamt 132 Richter und Richterinnen mit oder ohne feste Anstellung. Für eine Festanstellung stehen 46 Richterstellen (inklusive Präsidien) und 16.5 Gerichtsschreiberstellen zur Verfügung.

b) Wahl der Richter und Richterinnen

Nach der Bereinigung des Stellenplans konnten die Vorbereitungen für die Volkswahl der Richter und Richterinnen an die Hand genommen werden. In

zeitlicher Hinsicht war zu beachten, dass auf den Beginn der neuen Amtsdauer nicht nur die Kreisgerichte neu zu besetzen waren, sondern die Kreisgerichte nach erfolgter Konstituierung auch noch die Wahl der Schlichtungsbehörden vorzunehmen haben. Erschwerend kam hinzu, dass das Gesetz nur eine Kategorie von Richtern und Richterinnen kennt und im Hinblick auf die Wahl keine weiteren Differenzierungen vornimmt. Der Kantonsratsbeschluss über die Zahl der Richter und Richterinnen legt lediglich die Gesamtzahl der Mitglieder der einzelnen Kreisgerichte fest, ohne dass eine Unterscheidung zwischen festangestellten Richtern und Richterinnen einerseits und Beisitzern und Beisitzerinnen andererseits erfolgt. Wählbar als Richter und Richterin sind alle Stimmberechtigten im örtlichen Zuständigkeitsbereich des Kreisgerichts. Als festangestelltes Mitglied ist aber nur wählbar, wer ein juristisches Studium abgeschlossen hat und über wenigstens drei Jahre Berufserfahrung verfügt. Diese gesetzgeberische Entscheidung hat zur Konsequenz, dass mit der Volkswahl der Richter und Richterinnen einstweilen nur die Zugehörigkeit zum Kreisgericht begründet wird; erst in einem zweiten Schritt wird es dann Aufgabe des Kreisgerichts sein, im Rahmen des Stellenplans den Beschäftigungsgrad der einzelnen Richter und Richterinnen sowie ihr Tätigkeitsgebiet zu bestimmen.

Angesichts dieser gesetzlichen Ausgangslage erwies sich eine umsichtige Planung der Volkswahl der Richter und Richterinnen als unumgänglich. Dank des hohen Verantwortungsbewusstseins aller Beteiligten konnten Lösungen gefunden werden, die es in sechs Wahlkreisen erlaubten, auf einen Urnengang zu verzichten, da nicht mehr Kandidaten und Kandidatinnen aufgestellt wurden als zu wählen waren. In einem Gerichtskreis (Wil) kam es zu einer Kampfwahl um das Präsidium, und im Gerichtskreis St.Gallen musste im November ein erster Wahlgang durchgeführt werden. Nach dem Rückzug einer der beiden überzähligen Kandidaten konnte indessen auch hier auf einen zweiten Wahlgang verzichtet werden. Im Dezember waren somit die sieben neuen Kreisgerichte in personeller Hinsicht vollständig besetzt; die erforderlichen 132 Richter und Richterinnen waren gewählt und die sieben neuen Kreisgerichtspräsidien bestellt.

c) Nachtrag zur Gerichtsordnung und Verordnung über die Schlichtungsbehörden

Der Umsetzungsprozess ist mit der Besetzung der Kreisgerichte nicht abgeschlossen. Die einzelnen Kreisgerichte werden sich nun zu konstituieren haben und aus der Mitte der festangestellten Richter und Richterinnen das Vizepräsidium, die Abteilungspräsidien, die Einzelrichter und Einzelrichterinnen sowie die Familienrichter und Familienrichterinnen zu bestimmen haben. Zugleich werden sie den Gerichtskreis in Vermittlungskreise einzuteilen, die Vermittler und Vermittlerinnen sowie die Mitglieder der Schlichtungsstellen für Miet- und Pachtverhältnisse und diejenigen für Arbeitsverhältnisse zu wählen und deren Sekretariate zu bezeichnen haben. Im Hinblick darauf hat das Kantonsgericht

im November einen V. Nachtrag zur Gerichtsordnung sowie eine (neue) Verordnung über die Schlichtungsbehörden erlassen. In der Gerichtsordnung wurde die interne Organisation der Kreisgerichte in den Grundzügen festgelegt, wobei den Kreisgerichten der vom Gesetzgeber gewollte hohe Autonomiebereich belassen wird. Vorgesehen ist, dass sich das Kreisgericht in (zwei bis drei) Abteilungen gliedert, und innerhalb der Abteilungen je nach Bedarf Kammern gebildet werden können. Entscheidend ist, dass ein Rechtsgebiet ausschliesslich einer Abteilung zugewiesen werden kann, womit eine feste Fallzuteilung nach klaren Kriterien gewährleistet ist.

d) Selbständige Justizverwaltung

Mit der Justizreform wurde der Justiz ein hohes Mass an Eigenverantwortung übertragen. Dies zeigt sich in zwei Bereichen. Einerseits sind Kantonsgericht und Verwaltungsgericht neu selbst für ihr Budget verantwortlich. Die Regierung nimmt die Anträge der beiden Gerichte entgegen und unterbreitet dem Kantonsrat im Rahmen des Staatsvoranschlages den Stellenplan und die erforderlichen Kredite für die Gerichte. Die Präsidien der beiden Gerichte haben das Recht, an den Sitzungen der vorberatenden Kommission und des Kantonsrats zum Voranschlag der Gerichte teilzunehmen und Anträge zu stellen. Die ersten Erfahrungen sind durchaus positiv zu werten; die Justiz wird damit nicht nur stärker in die Verantwortung eingebunden, sondern sie gewinnt damit zugleich auch ein höheres Mass an Unabhängigkeit. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass das Kantonsgericht in Absprache mit dem Sicherheits- und Justizdepartement, dem Personalamt und dem Verwaltungsgericht neu auch die gesamte Personaladministration für alle Gerichte und Schlichtungsbehörden zentral übernehmen und führen wird.

Neben den Neuerungen im Bereich der Budgethoheit ist der Justiz vom Kantonsrat zudem neu die Befugnis eingeräumt worden, durch Verordnung Vorschriften über Gebühren und andere Gerichtskosten, über Entschädigungen der nebenamtlichen Richter sowie über Entschädigungsansätze für Zeugen, Auskunftspersonen, Sachverständige und andere am Prozess mitwirkende Dritte zu erlassen. Auf den Beginn der Amtsdauer 2009/15 werden deshalb die bisherigen regierungsrätlichen Verordnungen aufzuheben und durch die neuen Vorschriften von Kantonsgericht und Verwaltungsgericht zu ersetzen sein.

e) Sicherstellung eines reibungslosen Übergangs

Die Umsetzung der Justizreform muss in den wesentlichen Zügen am 31. Mai 2009 abgeschlossen sein, so dass die «neuen Kreisgerichte» ihre Arbeit am 1. Juni 2009 aufnehmen können. Nach der erfolgreichen Wahl der Kreisrichter und Kreisrichterrinnen und der Besetzung der Präsidien stehen noch verschiedene grössere Arbeiten an. Die Vorarbeiten zur besoldungsmässigen Einreihung der neuen Richter kategorien sind zwar weitgehend abgeschlossen, deren

konkrete Einreichungen müssen aber erst noch anhand genommen werden. Verschiedene Arbeitsgruppen unter der Leitung des Kantonsgerichts sollen zudem einen reibungslosen Übergang hinsichtlich der Themenbereiche «Räumlichkeiten», «Administration und Fallverwaltung» «Informatik und Rechnungswesen» sowie «Betriebsabläufe» sicherstellen. Zu einem erfolgreichen Beginn der neuen Amtsdauer wird weiterhin ein grosser Einsatz aller Beteiligten erforderlich sein. Der bisherige Stand des Umsetzungsprozesses gibt aber begründeten Anlass zur Annahme, dass dies auch in der verbleibenden Umsetzungsphase gelingen wird. Bei allen diesen Arbeiten ist das Endziel vor Augen zu halten, dass der Kanton St.Gallen nach der abgeschlossenen Justizreform weiterhin über eine in personeller, organisatorischer und betrieblicher Hinsicht leistungsfähige und gut funktionierende Justiz verfügt.

Es ist damit zu rechnen, dass auch über diesen Zeitpunkt hinaus unter dem Titel Umsetzung der Justizreform verschiedene Pendenzen bestehen bleiben werden. Dabei zu nennen sind beispielsweise die anstehenden dringlichen baulichen Erweiterungen im heutigen «Gerichtshaus» des Kreisgerichtes St.Gallen, die aber erst im Jahr 2010 realisiert werden können. Dem Kreisgericht St.Gallen wird zwar auf den 1. Juni 2009 ein Teil des Personals des auf diesen Zeitpunkt hin aufzulösenden Kreisgerichtes Untertoggenburg-Gossau zugewiesen werden, ohne dass dafür die räumlichen Voraussetzungen effektiv vorliegen. Einzig im Sinne eines Provisoriums wird es dem Kreisgericht möglich und zumutbar sein, das zusätzliche Personal ab dem 1. Juni 2009 während eines kurzen Übergangs in den heute zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten zu integrieren.

4. Justizverwaltung

Neben der Justizreform war das Kantonsgericht auch mit den üblichen Geschäften im Rahmen seiner Aufsichtstätigkeit befasst. Auf den 1. Januar 2007 wurde ein (erster) Nachtrag zum Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (BGFA; SR 935.61) in Kraft gesetzt. Vor diesem Hintergrund hat das Kantonsgericht (mit Genehmigung der Regierung) einen III. Nachtrag zum Prüfungs- und Bewilligungsreglement für Rechtsanwälte und Rechtsagenten erlassen. Im Rahmen der Fortbildungsveranstaltungsreihe «Blick hinter die Kulissen» für die nichtjuristischen Mitarbeitenden wurde ein weiterer Anlass durchgeführt. Die jährliche Weiterbildungsveranstaltung des Kantonsgerichts für die Richterinnen und Richter sowie Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber des Kantonsgerichts und der Kreisgerichte wurde mit Blick auf die Justizreform auf das Jahr 2009 verschoben. Ferner nahm das Kantonsgericht im Berichtsjahr zu verschiedenen eidgenössischen und kantonalen Vernehmlassungen Stellung.

5. Anwaltspatente

Die Anwaltskammer erteilte das Anwaltspatent an folgende 46 Bewerberinnen und Bewerber:

MLaw Esther Abenhaim
M.A. HSG in Law Evelyn Anghehrn
lic.iur. Christine Bassanello
lic.iur. Pascal Baumgardt
M.A. HSG in Law Heidi Becker
lic.iur. Jeannine Bodmer
lic.iur. Armin Bossart
MLaw Urban Broger
lic.iur. Corinne Casanova
lic.iur. Imanuel Darouich
M.A. HSG in Law Andreas Dudli
lic.iur. MarcENZ
Dr.iur. Thomas Fraefel
lic.iur. Jasmine Frei
lic.iur. Jeannine Freund
lic.iur. Dominik Gebert
lic.iur. Gregor Geisser
lic.iur. Nicole Gierer Zelezen
lic.iur. Stefan Gnädinger
lic.iur. Christa Hänsli
lic.iur. Thomas Held
lic.iur. Susanne Höhener
M.A. HSG in Law Francine Hungerbühler

M.A. HSG in Law Silvio Hutterli
lic.iur. Anna Catherine Inauen
Dr.iur. Bernhard Isenring
M.A. HSG in Law Simon Kehl
lic.iur. Alex Koch
lic.iur. Johannes Kramer
lic.iur. Fabian Kühner
lic.iur. Enrico Mattiello
lic.iur. Ueli Nef
lic.iur. Silvia Pfannkuchen-Heeb
lic.iur. Raphael Pironato
lic.iur. Ulrike Plangg
M.A. HSG in Law Tina Purtschert
lic.iur. Irene Reichmuth
lic.iur. Barbara Risse
lic.iur. Patrick Scheubel
lic.iur. Roman Schoch
lic.iur. Nina Schwendener
lic.iur. Urs Solenthaler
Dr.iur. Matthias Suter
MLaw Marion Sutter
lic.iur. Benedikt van Spyk
lic.iur. Kim Zindel

6. Rechtsagentenpatente

Die Anwaltskammer erteilte das Rechtsagentenpatent an folgende 10 Bewerberinnen und Bewerber:

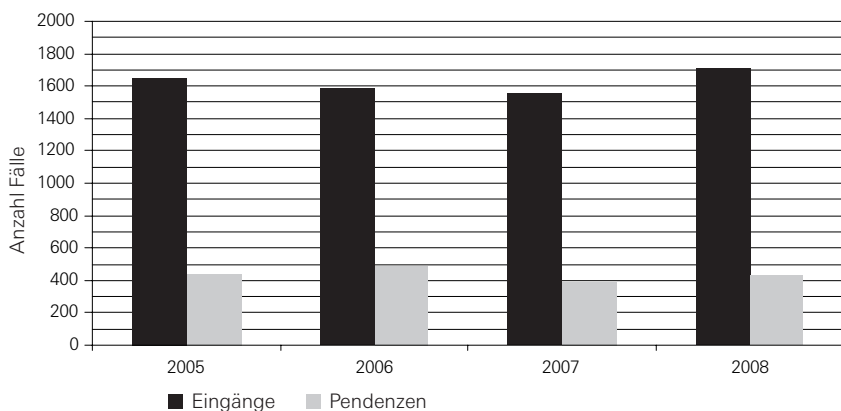
Glen Aggeler
Christian Bernhardsgrütter
Pius Fiala
Roger Jud
Corinne Künzler

Fabienne Meyer
Sara Montag
Andreas Oehen
Thomas Rütsche
Patrik Terzer

I. Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer

Gesamtübersicht²

	Eingänge in den Vorjahren				Eingänge 2008	Insgesamt	Erledigt 2008	Pendent Ende 2008
	2005	2006	2007	Übertrag 2007				
I. Zivilkammer	24	26	17	10	21	31	22	9
II. Zivilkammer	169	216	174	52	193	245	201	44
III. Zivilkammer	203	159	175	67	161	228	177	51
Strafkammer	169	192	213	93	215	308	198	110
Handelsgericht	124	118	105	85	185	270	157	113
Aufsichtsbehörde SchK u. HReg	29	30	27	1	30	31	28	3
Anklagekammer	374	334	331	29	372	401	363	38
Anwaltskammer	27	21	32	6	23	29	22	7
Einzelrichter für Rekurse:								
– im Personen-, Erb-, Sachenrecht	12	27	26	3	24	27	17	10
– in Familiensachen	69	64	67	17	81	98	79	19
– im Obligationenrecht	32	31	45	4	41	45	41	4
– im SchKG-Verfahren	86	78	67	11	63	74	69	5
Einzelrichter R'hilfe u. Schiedsgericht	260	234	222	10	253	263	247	16
Kantonsgerichtspräsident	70	56	51	–	49	49	49	–
	1648	1586	1552	388	1711	2099	1670	429



1 Siehe Erläuterungen im Amtsbericht Ziff. 2 lit. a

2 Ohne administrative und aufsichtsrechtliche Tätigkeiten (s. Anwaltskammer); gilt auch betreffend die Vorjahre.

Pendente Fälle

Pendente Fälle	Eingeschrieben				
	Insgesamt	2005 oder früher	2006	2007	2008
I. Zivilkammer	9	–	–	1	8
II. Zivilkammer	44	1	–	2	41
III. Zivilkammer	51	2	1	5	43
Strafkammer	110	–	1	17	92
Handelsgericht	113	4	3	25	81
Aufsichtsbehörde SchK u. HReg.	3	–	–	–	3
Anklagekammer	38	–	–	1	37
Anwaltskammer ³	7	1	–	1	5
Einzelrichter für Rekurse:					
– im Personen-, Erb-, Sachenrecht	10	–	–	–	10
– in Familiensachen	19	–	–	2	17
– im Obligationenrecht	4	–	–	–	4
– im SchKG-Verfahren	5	–	–	–	5
Einzelrichter Rechtshilfe u. Schiedsgericht ⁴	16	–	–	–	16
Kantonsgerichtspräsident	–	–	–	–	–
	429	8	5	54	362

³ Siehe Fn. 2

⁴ Siehe Fn. 2

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichtintreten
<i>I. Zivilkammer</i>										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Personenrecht.	2	1	3	2	–	2	1	1	–	1
Erbrecht.	1	2	3	1	–	1	2	–	1	–
Sachenrecht.	4	3	7	5	–	5	2	2	2	1
Verschiedenes.	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
Zwischentotal	7	7	14	8	–	8	6	3	3	2
Zuständigkeit des Präsidenten										
Berufungen nach Sachgebiet										
Personenrecht.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Erbrecht.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Sachenrecht.	2	4	6	5	–	5	1	–	1	4
Präsidiale Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Sicherheitsleistung (Kautions).	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Unentgeltliche Prozessführung.	–	3	3	3	–	3	–	–	–	3
Rekurse betr. unentgeltl. Prozessführung.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes.	1	7	8	2	4	6	2	1	1	–
Zwischentotal	3	14	17	10	4	14	3	1	2	7
Insgesamt.	10	21	31	18	4	22	9	4	5	9

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichtintreten	
II. Zivilkammer										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Scheidungen/Scheidungsfolgen	13	32	45	27	1	28	17	1	24	2
Abänderungen	5	9	14	11	–	11	3	–	9	2
Mündigenunterhalt	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Vaterschaft	2	–	2	1	1	2	–	1	–	–
Entscheide Departement (Kindes- / Vormundschaftsrecht).	–	5	5	1	1	2	3	–	–	1
Rechtsverweigerungs- und Kosten- beschwerden	–	1	1	1	–	1	–	–	1	–
Verschiedenes	2	1	3	2	–	2	1	–	1	1
Zwischentotal	22	48	70	43	3	46	24	2	35	6
Zuständigkeit des Präsidenten										
Berufungen										
Scheidung auf gemeinsames Begehren . .	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Rechtsverweigerungsbeschwerden (insbes. vorsorgliche Massnahmen)	6	15	21	18	2	20	1	3	3	12
Präsidiale Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen	–	15	15	15	–	15	–	4	1	10
Unentgeltliche Prozessführung	23	88	111	88	5	93	18	71	–	17
Rekurse betr. unentgeltl. Prozessführung . .	1	27	28	24	3	27	1	6	1	17
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	30	145	175	145	10	155	20	84	5	56
Insgesamt	52	193	245	188	13	201	44	86	40	62

III. Zivilkammer

Zuständigkeit der Kammer

Berufungen nach Sachgebiet

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten	
Haftpflichtrecht	1	4	5	2	2	4	1	1	–	1	
Ungerechtfertigte Bereicherung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Kaufvertragsrecht	1	2	3	1	–	1	2	1	–	–	
Miet- und Pachtrecht	4	5	9	6	2	8	1	1	2	3	
Arbeitsvertragsrecht	13	14	27	13	2	15	12	1	3	9	
Werkvertragsrecht	12	6	18	11	3	14	4	2	2	7	
Auftrag	3	2	5	1	1	2	3	–	–	1	
Gesellschaftsrecht	1	1	2	1	–	1	1	–	–	1	
Übriges Obligationenrecht	10	14	24	13	2	15	9	1	1	11	
Gleichstellung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Versicherungsvertragsrecht	–	2	2	1	1	2	–	1	–	–	
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht . .	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–	
Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit . .	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Direktprozesse											
Urheberrecht	1	1	2	–	–	–	2	–	–	–	
Prorogationen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Beschwerden											
Rechtsverweigerungs- und Kostenbeschwerden	1	–	1	1	–	1	–	–	–	1	
Nichtigkeitsbeschwerden gegen Schiedsgerichtsentscheide	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Beschwerden gegen Entscheide Anwaltskammer/Prüfungskommission für Rechtsanwälte und Rechtsagenten . .	1	3	4	2	1	3	1	–	1	1	
Verschiedenes	–	2	2	1	–	1	1	–	–	1	
Zwischentotal	48	57	105	53	14	67	38	8	9	36	

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Zuständigkeit des Präsidenten										
Berufungen nach Sachgebiet										
Haftpflichtrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Ungerechtfertigte Bereicherung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Kaufvertragsrecht	1	1	2	2	–	2	–	–	–	2
Miet- und Pachtrecht	–	5	5	4	–	4	1	–	–	4
Arbeitsvertragsrecht	1	3	4	2	2	4	–	–	–	2
Werkvertragsrecht	1	2	3	1	–	1	2	1	–	–
Auftrag	1	1	2	2	–	2	–	–	–	2
Gesellschaftsrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Übriges Obligationenrecht	2	3	5	4	–	4	1	1	2	1
Gleichstellung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Versicherungsvertragsrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht . .	1	2	3	1	–	1	2	–	1	–
Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit . .	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Rechtsverweigerungs- und Kosten- beschwerden	8	45	53	37	12	49	4	5	–	32
Präsidiale Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen allgemein . . .	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Vorsorgliche Massnahmen Urheberrecht	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
Sicherheitsleistung	–	5	5	5	–	5	–	3	–	2
Unentgeltliche Prozessführung	3	25	28	27	–	27	1	3	3	21
Rekurse betr. unentgeltl. Prozessführung . .	1	11	12	11	–	11	1	1	1	9
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	19	104	123	96	14	110	13	14	7	75
Insgesamt	67	161	228	149	28	177	51	22	16	111

Strafkammer

Zuständigkeit der Kammer

Berufungen nach Sachgebiet

Delikte gegen Leib und Leben	17	26	43	19	2	21	22	7	7	5
Vermögens- und Urkundendelikte	28	30	58	24	6	30	28	2	16	6
Delikte gegen Ehre, Geheim- und Privatbereich	2	1	3	1	–	1	2	–	1	–
Delikte gegen die Freiheit	3	9	12	2	4	6	6	–	1	1
Sexualdelikte	10	18	28	9	4	13	15	2	6	1
Übrige Delikte des StGB	4	6	10	6	–	6	4	–	5	1
Strassenverkehr	4	8	12	5	4	9	3	2	1	2
Betäubungsmittel	11	19	30	11	7	18	12	1	7	3
Niederlassung/Aufenthalt von Ausländern	1	–	1	–	–	–	1	–	–	–
Übriges Nebenstrafrecht des Bundes . . .	1	5	6	2	1	3	3	–	1	1
Kantonales Strafrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Nachträgliche richterliche Anordnungen . .	–	3	3	–	–	–	3	–	–	–
Rechtsverweigerungs- und Kostenbeschwerden	3	12	15	5	2	7	8	1	–	4
Nachträgliche richterliche Anordnungen . .	–	2	2	2	–	2	–	–	2	–
Verschiedenes	5	9	14	12	–	12	2	3	1	8
Zwischentotal	89	148	237	98	30	128	109	18	48	32

Zuständigkeit des Präsidenten

Erlass Einschreibgebühr	3	45	48	41	6	47	1	29	–	12
Unentgeltliche Prozessführung	1	22	23	19	4	23	–	16	–	3
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	4	67	71	60	10	70	1	45	–	15
Insgesamt	93	215	308	158	40	198	110	63	48	47

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Handelsgericht										
Zuständigkeit der Kammer										
Haftpflichtrecht	1	–	1	1	–	1	–	1	–	–
Ungerechtfertigte Bereicherung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Kaufvertragsrecht	6	7	13	2	8	10	3	1	1	–
Miet- und Pachtrecht	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
Werkvertragsrecht	12	17	29	4	11	15	14	1	1	2
Auftrag	10	6	16	–	1	1	15	–	–	–
Weitere Vertragsverhältnisse	9	5	14	4	4	8	6	1	3	–
Aktienrechtliche Verantwortlichkeit	3	9	12	1	1	2	10	–	1	–
Übriges Gesellschaftsrecht	1	4	5	1	1	2	3	–	1	–
Versicherungsvertragsrecht	3	–	3	–	1	1	2	–	–	–
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht	–	2	2	–	–	–	2	–	–	–
UWG	7	2	9	1	5	6	3	–	1	–
Kartellrecht	–	1	1	–	1	1	–	–	–	–
Namen-/Firmenrecht	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
Markenrecht	2	7	9	–	–	–	9	–	–	–
Patentrecht	6	1	7	1	2	3	4	–	1	–
Schutz von Design	–	2	2	–	–	–	2	–	–	–
Sachenrecht	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
Zwischentotal	60	66	126	15	35	50	76	4	9	2
Zuständigkeit des Präsidenten										
Vorsorgliche Massnahmen										
OR	4	7	11	8	–	8	3	1	1	6
Immaterialgüterrecht	2	1	3	1	1	2	1	–	–	1
UWG	–	6	6	–	3	3	3	–	–	–
ZGB	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Einsetzung eines Sonderprüfers	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Sicherstellung gefährdeter Beweise	8	–	8	–	–	–	8	–	–	–
Mängel in der Gesellschaftsorganisation	8	86	94	53	19	72	22	53	–	–
Entgegennahme einer Schutzschrift	2	8	10	6	4	10	–	6	–	–
Sicherheitsleistung	–	5	5	–	5	–	–	4	1	–
Unentgeltliche Prozessführung	1	–	1	–	1	–	–	1	–	–
Verschiedenes	–	6	6	3	3	6	–	3	–	–
Zwischentotal	25	119	144	77	30	107	37	68	2	7
Insgesamt	85	185	270	92	65	157	113	72	11	9

*Aufsichtsbehörde für Schuld-
betreibung und Konkurs und über
das Handelsregister*

A. Schuldbetreibung und Konkurs

Zuständigkeit der Kammer

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilmässige Erledigungsart			
	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten	
Beschwerden gegen untere Aufsichtsbehörde	–	15	15	14	–	14	1	2	–	12	
Beschwerden im Konkurs- und Nachlassverfahren	1	5	6	5	1	6	–	1	–	4	
Gebührenverordnung	–	1	1	1	–	1	–	1	–	–	
Disziplinarmassnahmen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Verschiedenes	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1	
Zwischentotal	1	22	23	21	1	22	1	4	–	17	

Zuständigkeit des Präsidenten

Vorsorgliche Massnahmen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Unentgeltliche Prozessführung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Zwischentotal	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	

B. Handelsregister

Zuständigkeit der Kammer

Eintragungen	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1	
Löschungen	–	2	2	2	–	2	–	1	–	1	
Gebühren und Kosten	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	
Verschiedenes	–	5	5	1	2	3	2	–	–	1	
Zwischentotal	–	8	8	4	2	6	2	1	–	3	
Insgesamt	1	30	31	25	3	28	3	5	–	20	

Anklagekammer

Zuständigkeit der Kammer

Aufsicht

Amtliche Aufsicht	–	4	4	4	–	4	–	1	–	3
Disziplinarverfahren	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
Eröffnung eines Strafverfahrens	11	82	93	78	–	78	15	15	1	62

Beschwerden gegen Abschlussverfügungen

Nichteintreten auf Strafklage	6	36	42	31	1	32	10	–	–	31
Einstellung des Strafverfahrens	1	3	4	2	2	4	–	1	–	1
Aufhebung des Strafverfahrens	–	11	11	5	3	8	3	1	–	4
Kosten	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

Beschwerden Zwangsmassnahmen

Beschlagnahme	2	9	11	8	3	11	–	2	–	6
Durchsuchung von Datenträgern	–	7	7	5	2	7	–	4	–	1
Untersuchungshaft	1	9	10	8	–	8	2	–	–	8
Verfügung Jugendanwalt	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Haftentschädigung	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1

Beschwerden Parteirechte

Verweigerung von Parteirechten	–	1	1	–	1	1	–	–	–	–
Rechtsverweigerungsbeschwerden	1	18	19	14	2	16	3	1	1	12
Wiederaufnahme	2	6	8	5	2	7	1	4	–	1
Vollstreckbarkeit ausländischer Strafurteile	–	2	2	2	–	2	–	2	–	–
Verschiedenes	–	3	3	3	–	3	–	–	–	3

Zwischentotal	24	193	217	166	16	182	35	31	2	133
---------------	----	-----	-----	-----	----	-----	----	----	---	-----

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Zuständigkeit des Präsidenten										
Beschwerden gegen Abschlussverfügungen										
Nichteintreten auf Strafklage	–	14	14	8	6	14	–	–	–	8
Einstellung des Strafverfahrens	–	3	3	2	–	2	1	–	–	2
Aufhebung des Strafverfahrens	1	10	11	8	2	10	1	2	–	6
Kosten	1	6	7	6	1	7	–	1	1	4
Ausstand	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
Anstände im Privatstrafklageverfahren . .	3	5	8	5	2	7	1	–	–	5
Präsidiale Verfügungen										
Technische Überwachungsmaßnahmen	–	128	128	128	–	128	–	121	5	2
Vorsorgliche Massnahmen	–	4	4	4	–	4	–	–	–	4
Unentgeltliche Prozessführung	–	8	8	8	–	8	–	1	–	7
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	5	179	184	170	11	181	3	125	6	39
Insgesamt	29	372	401	336	27	363	38	156	8	172

Anwaltskammer

Zuständigkeit der Kammer

Disziplinarverfahren gegen Anwälte	3	4	7	4	1	5	2	1	1	2
Massnahmen gegen Dritte	–	2	2	1	–	1	1	1	–	–
Einsprache gegen Registereintrag	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	2	6	8	5	–	5	3	5	–	–
Zwischentotal	5	12	17	10	1	11	6	7	1	2

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Zuständigkeit des Präsidenten										
Begutachtung von Anwaltsrechnungen . .	1	3	4	2	1	3	1	1	–	1
Entbindung vom Berufsgeheimnis	–	4	4	4	–	4	–	2	–	2
Eröffnung Disziplinarverfahren	–	4	4	4	–	4	–	–	–	4
Erteilung Anwaltspatent ⁵	–	46	46	46	–	46	–	46	–	–
Erteilung Rechtsagentenpatent ⁵	–	10	10	10	–	10	–	10	–	–
Erteilung Rechtspraktikantenbewilligung ⁵ . .	–	26	26	26	–	26	–	26	–	–
Eintrag in Anwaltsregister ⁵	–	23	23	23	–	23	–	23	–	–
Eintrag in Anwaltsliste EU ⁵	–	3	3	3	–	3	–	3	–	–
Verschiedenes	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Zwischentotal	1	11	12	10	1	11	1	3	–	7
Insgesamt.	6	23	29	20	2	22	7	10	1	9

*Einzelrichter für Rekurse im
Personen-, Erb- und Sachenrecht*

Rascher Rechtsschutz	2	12	14	6	2	8	6	2	1	3
Vorsorgliche Massnahmen	1	10	11	8	–	8	3	2	–	6
Verfügungen Departement (Namen-/Erbrecht).	–	1	1	–	–	–	1	–	–	–
Vollstreckung.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Verschiedenes	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
	3	24	27	15	2	17	10	4	1	10

*Einzelrichter für Rekurse in
Familiensachen*

Eheschutz	16	58	74	53	5	58	16	8	26	19
Verfügungen Departement (Kindes- und Vormundschaftsrecht).	1	9	10	8	2	10	–	–	1	7
Vollstreckung.	–	5	5	3	1	4	1	–	–	3
Verschiedenes	–	9	9	6	1	7	2	1	1	4
	17	81	98	70	9	79	19	9	28	33

⁵ Werden in der Fallstatistik nicht gezählt.

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilmässige Erledigungsart		
	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Einzelrichter für Rekurse im Obligationenrecht</i>										
Klares Recht.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Mieter- und Pächterausweisung	1	22	23	17	4	21	2	1	2	14
Vollstreckung.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Vorsorgliche Massnahmen	1	1	2	–	2	2	–	–	–	–
Vorsorgliche Beweiserhebung.	–	5	5	3	–	3	2	1	–	2
Verschiedenes	2	13	15	13	2	15	–	4	–	9
	4	41	45	33	8	41	4	6	2	25

Einzelrichter für Rekurse im SchKG-Verfahren

Provisorische Rechtsöffnung.	2	17	19	16	3	19	–	5	2	9
Definitive Rechtsöffnung.	4	4	8	7	–	7	1	3	–	4
Bewilligung des Rechtsvorschlags in der Wechselbetreibung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Konkurseröffnungen	4	35	39	33	3	36	3	27	–	6
Sicherheitsleistungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Insolvenzerklärungen.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Wiedereinsetzung	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Arrestverfahren	1	3	4	3	–	3	1	1	–	2
Nachlassverfahren.	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Übrige SchKG-Verfahren	–	3	3	2	1	3	–	1	–	1
Verschiedenes	–	1	1	1	–	1	–	–	–	1
	11	63	74	62	7	69	5	37	2	23

Einzelrichter für Rechtshilfe- und Schiedsgerichtswesen

Rechtshilfe.	9	250	259	1	242	243	16	–	–	1
Schiedsgerichtssachen	1	3	4	3	1	4	–	3	–	–
	10	253	263	4	243	247	16	3	–	1

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten	
<i>Kantonsgerichtspräsident</i>											
Ausstandsbegehren.	–	14	14	11	3	14	–	3	–	8	
Überweisung an anderes Gericht	–	8	8	8	–	8	–	8	–	–	
Aktenherausgabe	–	23	23	23	–	23	–	19	2	2	
Verschiedenes	–	4	4	1	3	4	–	–	–	1	
	–	49	49	43	6	49	–	30	2	11	

Weiterzug von Entscheiden an das Bundesgericht und das Kassationsgericht

Bundesgericht (altrechtlich)

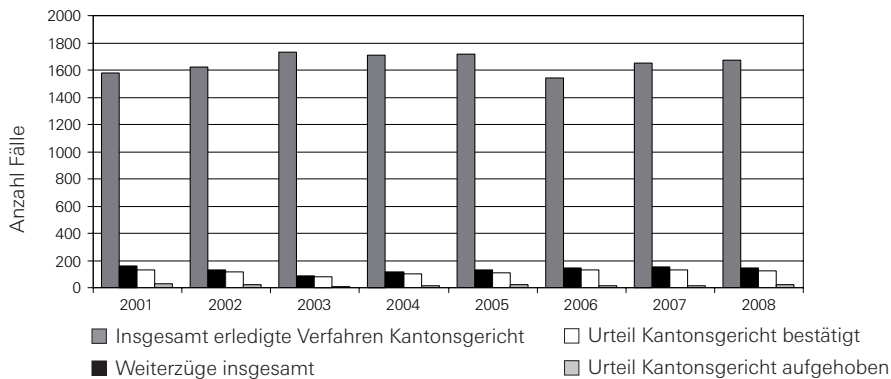
Weiterzug von Entscheiden an das Bundesgericht und das Kassationsgericht	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Rückzug	Nichteintreten	Erledigung durch			Pendent Ende 2008
						Urteil			
Bundesgericht (altrechtlich)						Abgewiesen	Ganz geschützt	Teilweise geschützt	
Berufungen in Zivilsachen	2	–	2	–	–	2	–	–	–
Nichtigkeitsbeschwerden in Strafsachen	1	–	1	–	–	–	1	–	–
Staatsrechtliche Beschwerden	–	1	1	–	–	1	–	–	–
SchKG-Beschwerden.	–	1	1	1	–	–	–	–	–
Verwaltungsgerichtsbeschwerden	–	–	–	–	–	–	–	–	–

Bundesgericht (ab 1.1.2007 neues Recht)

Beschwerden in Zivilsachen	13	52	65	3	25	16	3	1	17
Beschwerden in Strafsachen	8	74	82	–	31	27	6	6	12
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	–	1	1	–	–	–	–	–	1
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden	4	10	14	3	7	3	1	–	–

Kassationsgericht

Nichtigkeitsbeschwerden in Zivilsachen	3	15	18	1	–	7	1	–	9
--	---	----	----	---	---	---	---	---	---



II. Kreisgerichte

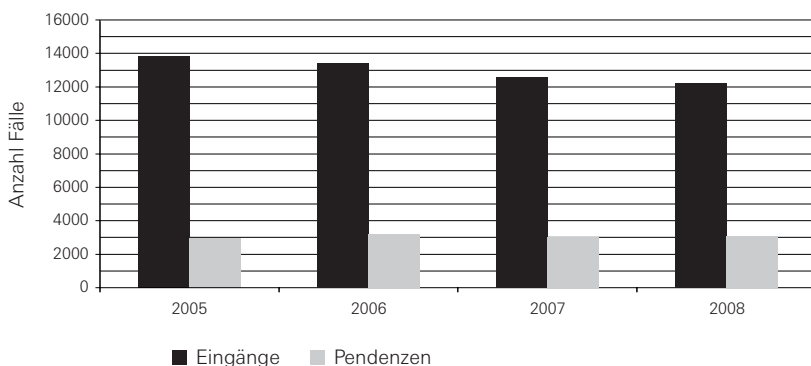
Eingänge der Vorjahre

1. Übersichten

Gesamtübersicht (Kollegialgericht und Einzelrichter)¹

Kreisgericht

	2005	2006	2007	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Erledigungen 2008	Pendenzen Ende 2008
St.Gallen ²	3640	3341	3233	916	2848	3764	2918	846
Rorschach	1130	1291	1203	268	1134	1402	1128	274
Rheintal ²	2078	1990	1983	497	1975	2472	1975	497
Werdenberg-Sargans	1767	1741	1527	355	1621	1976	1585	391
Gaster-See ²	1798	1800	1674	406	1680	2086	1712	374
Ober-/Neutoggenburg	481	428	508	108	425	533	433	100
Altoggenburg-Wil.	1215	1317	1190	269	1159	1428	1115	313
Untertoggenburg-Gossau ²	1658	1560	1350	267	1477	1744	1413	331
	13767	13468	12668	3086	12319	15405	12279	3126



1 Inkl. Arbeitsgericht, untere Aufsichtsbehörde im Betreibungswesen, Haftrichter; ohne Verschiedenes (s. Ziff. 4)

2 Gerichte mit haftrichterlichen Aufgaben

	Eingänge der Vorjahre							
Kreisgericht	2005	2006	2007	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Erledigungen 2008	Pendenzen Ende 2008
Kollegialgericht ³								
St.Gallen	380	354	383	318	264	582	318	264
Rorschach	96	79	87	60	81	141	74	67
Rheintal	171	120	157	90	140	230	142	88
Werdenberg-Sargans	127	136	108	70	123	193	110	83
Gaster-See	131	125	107	80	103	183	124	59
Ober-/Neutoggenburg	31	28	34	14	38	52	34	18
Altoggenburg-Wil.	101	109	102	63	82	145	83	62
Untertoggenburg-Gossau	124	110	87	46	108	154	88	66
Total	1161	1061	1065	741	939	1680	973	707

	Eingänge der Vorjahre								
Einzelrichter ⁴									
Kreisgericht	2005	2006	2007	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Erledigungen 2008	Pendenzen Ende 2008	
St.Gallen	2942	2674	2596	455	2320	2775	2365	410	
Rorschach	922	1103	1019	163	942	1105	959	146	
Rheintal	1701	1664	1633	273	1615	1888	1601	287	
Werdenberg-Sargans	1452	1408	1244	144	1312	1456	1294	162	
Gaster-See	1511	1519	1403	227	1411	1638	1429	209	
Ober-/Neutoggenburg	383	339	416	53	338	391	343	48	
Altoggenburg-Wil.	991	1092	980	125	945	1070	898	172	
Untertoggenburg-Gossau	1339	1296	1107	136	1202	1338	1166	172	
Total	11241	11095	10398	1576	10085	11661	10055	1606	

3 Ohne Ehescheidungen /-trennungen, inkl. Arbeitsgericht

4 Ohne Ehescheidungen /-trennungen, inkl. Arbeitsgerichtspräsident, untere Aufsichtsbehörde im Betreiwesen, Haftrichter

Kreisgericht	Eingänge der Vorjahre					Eingänge 2008	Insgesamt	Erledigungen 2008	Pendenz Ende 2008
	2005	2006	2007	Übertrag 2007					
Ehescheidungen / -trennungen (Kollegialgericht und Einzelrichter)									
St.Gallen	318	313	254	143	264	407	235	172	
Rorschach	112	109	97	45	111	156	95	61	
Rheintal	206	206	193	134	220	354	232	122	
Werdenberg-Sargans	188	197	175	142	186	328	181	147	
Gaster-See	156	156	164	99	166	265	159	106	
Ober-/Neutoggenburg	67	61	58	41	49	90	56	34	
Altoggenburg-Wil.	123	116	108	81	132	213	134	79	
Untertoggenburg-Gossau	195	154	156	84	167	251	159	92	
Total	1365	1312	1205	769	1295	2064	1251	813	

Kreisgericht	Eingeschrieben				
	Insgesamt	2005 oder früher	2006	2007	2008
Pendente Fälle					
St.Gallen	846	17	16	134	679
Rorschach	274	5	5	32	232
Rheintal	497	10	15	43	429
Werdenberg-Sargans	391	9	20	45	317
Gaster-See	374	5	11	30	328
Ober-/Neutoggenburg	100	–	–	10	90
Altoggenburg-Wil.	313	4	9	26	274
Untertoggenburg-Gossau	331	6	3	16	306
Total	3126	56	79	336	2655

2. Zivilsachen

A. Kollegialgericht⁵

Gerichtskreis	Geschäftslast			Eingänge nach Sachgebiet								Prozessgang			
	Eingänge 2007	Überrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Personenrecht	Familienrecht	Erbrecht	Sachenrecht	Miet- und Pachtrecht	Übriges Obligationenrecht	Schuldbeitreibung und Konkurs	Verschiedenes	Urteile	Abschreibungen	Erdigungen 2008
St.Gallen	228	224	142	366	–	70	4	4	2	54	7	1	111	65	176
Rorschach	55	45 ⁶	35	80	–	21	–	1	1	11	1	–	25	14	39
Rheintal	64	47	67	114	–	32	2	5	3	22	1	2	30	28	58
Werdenberg-Sargans	59	55	69	124	1	23	–	6	3	32	3	1	39	18	57
Gaster-See	63	61	65	126	–	23	1	6	11	24	–	–	33	46	79
Ober-Neutoggenburg	12	6	20	26	1	8	1	5	2	3	–	–	12	5	17
Altoggenburg-Wil.	51	44	36	80	–	13	3	5	–	14	1	–	27	8	35
Untertoggenburg-Gossau	49	34	58	92	1	28	3	2	6	16	2	–	31	19	50
	581	516 ⁶	492	1008	3	218	14	34	28	176	15	4	308	203	511
															497

5 Ohne Ehescheidungen /-trennungen (s. Bst. B), Arbeitsgericht (s. Bst. D)

6 Bereinigung gegenüber Vorjahr

B. Ehescheidungen/-trennungen

Gerichtskreis	Übertrag 2007		Eingänge 2008		Ge- samt	Verfahrens- wechsel	Erledigt 2008					Pendent Ende 2008					
	Einvernehmliche Verfahren	Streitige Verfahren	Insgesamt	Einvernehmliche Verfahren			Streitige Verfahren	Insgesamt	Zum streitigen Verfahren	Zum einvernehmlichen Verfahren	Genehmigung Familienrichter	Urteil Kreisgericht	Fristansetzung zur Klage	Abschreibung	Insgesamt	Einvernehmliche Verfahren	Streitige Verfahren
St.Gallen	117	26	143	224	40	264		3	14	127	69	2	37	235	136	36	172
Rorschach	38	7	45	102	9	111		3	6	70	10	4	11	95	51	10	61
Rheintal	113	21	134	206	14	220		3	11	183	23	5	21	232	106	16	122
Werdenberg-Sargans	113	29	142 ⁷	166	20	186		5	11	135	24	1	21	181	120	27	147
Gaster-See	82	17	99	150	16	166		5	9	130	16	1	12	159	88	18	106
Ober-/Neutoggenburg	36	5	41	49	–	49		1	6	44	9	1	2	56	33	1	34
Altoggenburg-Wil.	62	19	81	119	13	132		4	5	101	20	4	9	134	68	11	79
Untertoggenburg-Gossau	73	11	84 ⁷	153	14	167		–	9	126	17	3	13	159	79	13	92
	634	135	769 ⁷	1169	126	1295		24	71	916	188	21	126	1251	681	132	813

C. Einzelrichtergefälle⁸

1. Zivilsachen im einfachen Verfahren

	Geschäftslast				Eingänge nach Sachgebiet										Prozess- gang			
	Eingänge 2007	Übertag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Personenrecht	Familienrecht	Erbrecht	Sachenrecht	Miet- und Pachtrecht	Erstreckung Mietverhältnis	Anfechtung Kündigung	Übriges Obligationenrecht	Schuldbetreibung und Konkurs	Urteile	Abschreibungen	Erfolgungen 2008	Pendenzen Ende 2008	
Kreisgericht																		
St.Gallen	147	109	103	212	–	2	–	4	18	–	6	71	2	126	34	160	52	
Rorschach	45	24	32	56	–	–	–	2	5	–	2	19	4	23	13	36	20	
Rheintal	77	34	64	98	–	–	–	4	12	1	–	45	2	32	33	65	33	
Werdenberg-Sargans	68	21	90	111	–	1	–	4	22	3	2	53	5	53	24	77	34	
Gaster-See	82	36	75	111	1	–	–	12	18	1	2	37	4	38	39	77	34	
Ober-/Neutoggenburg	29	12	23	35	–	–	–	1	4	–	1	15	2	20	6	26	9	
Altoggenburg-Wil.	73	21	75	96	–	–	–	–	7	1	1	65	1	51	25	76	20	
Untertoggenburg-Gossau	47	12	42	54	–	1	–	3	8	–	1	28	1	25	11	36	18	
Total	568	269	504	773	1	4	–	30	94	6	15	333	21	368	185	553	220	

8 Ohne Ehescheidungen /-trennungen (s. Bst. B), Arbeitsgericht (s. Bst. D), untere Aufsichtsbehörde im Betreibungswesen (s. Bst. E)

2. Zivilsachen im Summarverfahren

a) SchKG und Vollstreckung

	Geschäftslast			Eingänge nach Sachgebiet										Prozessgang			
	Eingänge 2007	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Rechtsöffnungen	Bew. Vorschlag (Bestreitung neuen Vermögens)	Konkurreseröffnung	Folgeverfügung Konkurs	Arrestverfahren	Nachlassverfahren	Übriges Schuldbetreibung und Konkurs	Vollstreckung	Rechtshilfe (Anerkennung ausl. Urteile)	Urteile	Abschreibungen	Erledigungen 2008	Pendenzen Ende 2008
Kreisgericht																	
St.Gallen	1259	124	1118	1242	479	30	347	226	16	2	7	10	1	860	283	1143	99
Rorschach	552	41	477	518	192	15	167	76	12	3	3	7	2	339	139	478	40
Rheintal	918	61	888	949	406	30	269	128	43	—	8	3	1	609	273	882	67
Werdenberg-Sargans	726	40	719	759	327	18	216	106	29	—	7	11	5	533	170	703	56
Gaster-See	688	50	661	711	327	17	210	80	10	5	9	3	—	367	288	655	56
Ober-/Neutoggenburg	232	10	169	179	89	1	43	34	1	—	1	—	—	138	28	166	13
Altoggenburg-Wil.	643	28	543	571	278	17	167	62	8	1	5	5	—	327	214	541	30
Untertoggenburg-Gossau	558	33	604	637	336	16	154	67	10	8	6	7	—	462	128	590	47
Total	5576	387	5179	5566	2434	144	1573	779	129	19	46	46	9	3635	1523	5158	408

b) übrige Summarverfahren

	Geschäftslast			Eingänge nach Sachgebiet													Prozess- gang					
	Eingänge 2007	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Personenrecht	Erschützungsmaßnahmen (Erschließungen/-trennungen)	Schuldenanweisung	Erbrecht (inkl. Beschwerden in Erbsachen)	Bauhandwerkerpfandrecht	Kraftloserklärungen	Schnelle Handhabung klaren Rechts/Besitzschutz	Ausweisung Mieter/Pächter	Vorsorgliche Beweiserhebung (Sicherstellung von Beweisen)	Rechtshilfeweise Einvernahmen	Erlass	Unentgeltliche Prozessführung	Verschiedenes	Urteile	Abschreibungen	Erledigungen 2008	Pendenzen Ende 2008	
Kreisgericht																						
St.Gallen	804	129	753	882	14	132	28	23	-	22	17	8	78	2	25	5	392	7	622	84	706	176
Rorschach	345	65	360	425	3	73	23	2	3	13	8	10	42	1	3	6	172	1	304	64	368	57
Rheintal	406	132	457	589	5	121	20	22	-	30	21	23	43	3	14	6	139	10	316	132	448	141
Werdenberg-Sargans	328	55	399	454	3	97	38	11	-	23	4	8	22	3	30	7	143	10	370	38	408	46
Gaster-See	463	101	451	552	5	92	32	11	1	22	9	14	35	13	7	6	185	19	376	84	460	92
Ober-/Neutoggenburg	128	21	108	129	1	30	8	2	1	2	8	5	13	1	-	-	29	8	113	4	117	12
Altoggenburg-Wil.	193	54	220	274	-	60	10	7	-	11	11	4	26	1	7	-	80	3	161	47	208	66
Untertoggenburg-Gossau	372	79	401	480	1	82	22	12	-	9	13	7	29	2	10	4	201	9	353	48	401	79
Total	3039	636	3149	3785	32	687	181	90	5	132	91	79	288	26	96	34	1341	67	2615	501	3116	669

D. Arbeitsgericht

1. Kollegialgericht

Kreisgericht	Zahl der Prozesse total						Art der Erledigung							
	Eingänge in Vorjahren													
	2006	2007	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Erledigt 2008	Pendent Ende 2008	Klage geschützt	Klage teilweise geschützt	Klage abgewiesen	Erledigt durch Vergleich, Rückzug oder Anerkennung	ohne gerichtliche Verhandlung	nach gerichtlicher Verhandlung	Nicht-eintreten wegen Unzuständigkeit
St. Gallen	62	70	29	54	83	55	28	2	6	1	38	8		—
Rorschach	17	18	6	21	27	19	8	1	8	2	6	1		1
Rheintal	33	41	16	41	57	40	17	2	10	4	19	5		—
Werdenberg-Sargans	43	24	5	26	31	26	5	—	18	1	5	2		—
Gaster-See	32	29	9	21	30	26	4	2	8	1	11	3		1
Ober-/Neutoggenburg	9	11	3	8	11	6	5	—	5	—	1	—		—
Altoggenburg-Wil.	31	32	10	29	39	32	7	1	4	—	22	5		—
Untertoggenburg-Gossau	15	17	3	29	32	17	15	3	—	—	3	11		—
Total	242	242	81	229	310	221	89	11	59	9	105	35		2

2. Arbeitsgerichtspräsident

	Eingänge in Vorjahren	Zahl der Prozesse total					Art der Erledigung							
		2006	2007	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Erledigt 2008	Pendent Ende 2008	Klage geschützt	Klage teilweise geschützt	Klage abgewiesen	Erledigt durch Vergleich, Rückzug oder Anerkennung	ohne gericht- licher Ver- handlung	nach gericht- licher Ver- handlung
Kreisgericht														
St.Gallen	104	98	34	105	139	106	33	6	15	3	36	45		1
Rorschach	30	35	9	41	50	38	12	3	6	7	14	8		—
Rheintal	56	62	13	58	71	61	10	2	16	3	13	27		—
Werdenberg-Sargans	57	42	3	36	39	38	1	1	21	2	10	3		1
Gaster-See	44	42	16	47	63	56	7	6	12	5	15	17		1
Ober-/Neutoggenburg	20	13	6	23	29	23	6	—	21	—	1	1		—
Altoggenburg-Wil.	53	35	10	42	52	41	11	1	8	3	10	19		—
Untertoggenburg-Gossau	47	40	4	34	38	26	12	1	1	—	5	18		1
Total	411	367	95	386	481	389	92	20	100	23	104	138		4

E. Untere Aufsichtsbehörde im Betreuungswesen

Beschwerden gegen Betreibungsämter

Kreisgericht	Eingänge 2006	Eingänge 2007	Überrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Schutz	Abgewiesen/ Nichteintreten	Rückzug/ Gegenstandslos	Pendent Ende 2008
St.Gallen	19	14	5	16	21	4	11	4	2
Rorschach	6	8	1	11	12	2	8	2	–
Rheintal	15	5	1	12	13	5	4	3	1
Werdenberg-Sargans	14	11	1	13	14	6	4	1	3
Gaster-See	32	24	2	44	46	4	27	14	1
Ober-/Neutoggenburg	11	2	–	4	4	–	3	1	–
Altoggenburg-Wil.	14	14	1	17	18	6	7	3	2
Untertoggenburg-Gossau	15	18	2	12	14	2	9	1	2
Total	126	96	13	129	142	29	73	29	11

3. Strafsachen

A. Kollegialgericht und Einzelrichter ^{9 10}

Kreisgericht	Kollegialgericht									Einzelrichter								
	Eingänge 2007	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Urteile	Nachträgliche richterliche Anordnungen	Einstellungen / Abschreibungen	Erledigungen 2008	Pendenzen Ende 2008	Eingänge 2007	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Urteile	Nachträgliche richterliche Anordnungen	Einstellungen / Abschreibungen	Erledigungen 2008	Pendenzen Ende 2008
St.Gallen	85	65	68	133	78	7	2	87	46	81	45	69	114	49	3	14	66	48
Rorschach	14	9	25	34	14	1	1	16	18	34	23	21	44	17	2	8	27	17
Rheintal	52	27	32	59	36	8	-	44	15	57	31	56	87	40	3	11	54	33
Werdenberg-Sargans	25	10	28	38	25	2	-	27	11	69	24	55	79	57	-	-	57	22
Gaster-See	15	10	17	27	16	3	-	19	8	48	22	41	63	37	2	7	46	17
Ober-/Neutoggenburg	11	5	10	15	10	1	-	11	4	12	4	11	15	7	-	-	7	8
Altoggenburg-Wil.	19	9	17	26	14	1	1	16	10	22	11	48	59	14	-	2	16	43
Untertoggenburg-Gossau	21	9	21	30	18	3	-	21	9	18	6	26	32	16	-	2	18	14
Total	242	144	218	362	211	26	4	241	121	341	166	327	493	237	10	44	291	202

⁹ Inkl. Tätigkeit als Untersuchungsrichter im Privatstrafklageverfahren
¹⁰ Ohne Haftrichter (s. Bst. B)

B. Haftrichter (gesamter Kanton)

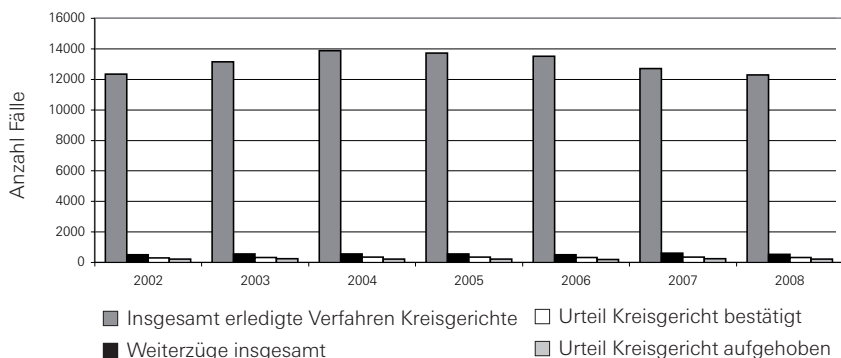
	Art der Erledigung									
	Eingänge 2007	Pendent Ende 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Beantragte Freiheits- beschränkung ganz oder teilweise angeordnet/ bestätigt	Beantragte Freiheits- beschränkung aufgehoben	Haftentlassung unter Anordnung von Ersatz- massnahmen	Abschreibung/ Nichteintreten	Erledigt 2008	Pendent Ende 2008
Haftanordnung	169	1	221	222	206	9	1	2	218	4
Haftverlängerung	130	9	107	116	113	1	2	-	116	-
Haftentlassung	24	-	14	14	11	1	-	2	14	-
Entlassung vorzeitiger Strafvollzug	4	-	2	2	2	-	-	-	2	-
Vorzeitiger Massnahmenvollzug	1	-	1	1	1	-	-	-	1	-
Auslieferungshaftbefehl.	4	-	4	4	4	-	-	-	4	-
Verlängerung Polizeigewahrsam	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wegweisung und Rückkehrverbot	77	-	60	60	54	4	-	2	60	-
Übrige	2	-	2	2	2	-	-	-	2	-
Total	411	10	411	421	393	15	3	6	417	4

4. Verschiedenes¹¹

	St.Gallen	Rorschach	Rheintal	Werdenberg-Sargans	Gaster-See	Obertoggenburg-Neutoggenburg	Alttoggenburg-Wil	Untertoggenburg-Gossau
Aufsicht über Vermittler	1	2	–	1	4	–	2	–
Aufsicht über Schlichtungsstellen	–	–	–	–	–	–	–	–
Aufsicht über Betreibungsämter	1	4	–	4	3	–	3	12
Rechtshilfe (Zustellungen)	196	118	244	194	107	35	60	90
Verteidigungen	12	11	1	3	1	–	3	4
Verschiedenes	–	1	–	–	–	1	–	–

5. Weiterzüge

	Übertrag 2007	Eingänge 2008	Insgesamt	Rückzug/ Abschreibung	Nichteintreten	Abgewiesen	Geschützt	Teilweise geschützt	Pendent Ende 2008
Berufungen ans Kantonsgericht	198	255	453	43	12	60	22	83	233
Rekurse ans Kantonsgericht	82	211	293	18	11	95	53	30	86
Betreibungsrechtliche Beschwerden ans Kantonsgericht	4	21	25	–	9	9	2	–	5
Rechtsverweigerungsbeschwerden ans Kantonsgericht	17	55	72	9	8	23	8	6	18
Rechtsverweigerungsbeschwerden in Haftsachen an die Anklage- kammer	2	6	8	–	2	5	–	–	1



¹¹ Diese Tätigkeiten werden in der Fallstatistik nicht als «Fall» ausgewiesen.

III. Vermittlerämter

Kreisgericht	I Im Vermittlungsverfahren					II Urteilsvorschlag		Ausstand oder Verhinderung		Sonstige Verhinderung des Vermittlers
	Eingeschriebene Streitfälle (I und angenommene Urteils-vorschläge)	Rückzug vor Abhaltung des Vorstandes	Vergleich / Klagerückzug / Klageanerkennung	Unvermittelt	Kostenspruch	Pendent	Total Urteilsvorschläge	Angenommene Urteilsvorschläge	Ausstand des Vermittlers	Ausstand des Vermittlers und seines Stellvertreters
St.Gallen	561	35	174	258	3	40	54	51	—	7
Rorschach	204	39	63	71	—	15	17	16	4	15
Rheintal	373	45	107	195	4	14	8	8	—	3
Werdenberg-Sargans	361	43	86	207	—	22	5	3	—	3
Gaster-See	351	27	159	128	1	25	14	11	—	—
Ober-Neutoggenburg	97	13	31	43	—	5	7	5	1	1
Altoggenburg-Wil.	376	63	123	139	1	13	44	37	17	4
Untertoggenburg-Gossau	370	62	101	161	1	24	22	21	1	16
Total	2693	327	844	1202	10	158	171	152	23	49

IV. Schlichtungsstellen für Miete und Pacht

Kreisgericht	Art der Erledigungen						
	Pendenzen	Neu eingegangene Begehren	Total zu behandeln	Einigungen	Keine Einigungen	Entscheid	anderweitig
Pendente Begehren							
St.Gallen	35	531	566	166	69	29	173
Rorschach	21	115	136	22	19	6	72
Rheintal	16	166	182	92	31	5	42
Werdenberg-Sargans	24	169	193	88	28	10	44
Gaster-See	26	160	186	63	40	7	58
Ober-/Neutoggenburg	6	53	59	19	13	5	12
Altoggenburg-Wil	16	98	114	37	18	7	43
Untertoggenburg-Gossau	14	138	152	36	47	12	47
Total	158	1430	1588	523	265	81	491
							</

Amtsbericht des Kassationsgerichts des Kantons St.Gallen über das Jahr 2008

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Über die Tätigkeit des Kassationsgerichts des Kantons St. Gallen im Jahr 2008 lässt sich Folgendes berichten:

1. Fälle

Dem Gericht lagen im Jahr 2008 vor:

im Jahr 2008 eingeschriebene Fälle	19
aus dem Jahr 2007 eingeschriebene Fälle	<u>3</u>
Insgesamt	22

2. Erledigungen und Pendenzen

Davon wurden

im Jahr 2008 erledigt.	14
im Jahr 2008 nicht erledigt	<u>8</u>
Insgesamt	22

3. Pendenzen im Besonderen

Die acht pendenten Fälle wurden erst gegen Ende 2008 eingeschrieben. Sie werden voraussichtlich bis im Sommer 2009 erledigt. Der im Vorjahr zufolge Konkurseröffnung über die beschwerdeführende Partei sistierte Fall wurde erledigt.

4. Erledigungen im Besonderen

4.1. Die im Jahr 2008 erledigten Fälle betrafen:

Entscheide der III. Zivilkammer des Kantonsgerichtes	5
Entscheide der I. Zivilkammer des Kantonsgerichtes	1
Entscheide des Handelsgerichtes	6
Sachliche Zuständigkeit	<u>2</u>
Insgesamt	14

4.2. Diese Fälle wurden wie folgt erledigt:

Beschwerde geschützt (ganz oder teilweise)	2	(14.3 %)
Dispositiv teilweise berichtet, im übrigen abgewiesen . . .	1	(7.1 %)
Beschwerde abgewiesen (soweit eingetreten)	8	(57.2 %)
Rückzug der Beschwerde	1	(7.1 %)
Sachliche Zuständigkeit entschieden	<u>2</u>	(14.3 %)
Insgesamt	14	

5. Geschäftsentwicklung

Im Jahr 2008 hat die Anzahl der neu eingeschriebenen Fälle im Vergleich zum Vorjahr zugenommen, die Zahl der erledigten Fälle dagegen leicht abgenommen. Im Jahr 2008 wurden 19 Fälle eingeschrieben gegenüber 13 Fällen im Vorjahr. Im Jahr 2008 wurden 14 Fälle erledigt gegenüber 19 Fällen im Vorjahr.

6. Prozessdauer

Die Prozessdauer betrug im Jahr 2008 vom Beschwerdeeingang bis zur Urteilsfällung im Durchschnitt rund 5 Monate, vom Beschwerdeeingang bis zur Versendung des begründeten Urteils rund 6 Monate. Die etwas längere Verfahrensdauer gegenüber den Vorjahren ist begründet durch die geringere Anzahl an Sitzungsterminen aufgrund der konkreten Entscheidungsreife der Fälle einerseits und durch die Tendenz, dass vermehrt aufwändige Fälle (mit umfangreichen Beschwerdeschriften und grosser Aktenmenge) vom Kassationsgericht zu behandeln waren und sind.

7. Rechtsmittel gegen Urteile des Kassationsgerichts

Im Jahr 2008 wurde gegen 3 Urteile des Kassationsgerichts Beschwerde beim Bundesgericht geführt. Eine Beschwerde wurde abgewiesen, die anderen beiden sind noch nicht entschieden. Die im Amtsbericht des Vorjahrs erwähnten, beim Bundesgericht damals hängigen Beschwerden wurden abgewiesen.

St.Gallen, 10. Februar 2009

Der Kassationsgerichtspräsident:

Prof. Dr. Reinhold Hotz

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen gemäss Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes (GerG) Bericht über die Tätigkeiten des Verwaltungsgerichts, des Versicherungsgerichts und der Verwaltungsrekurskommission im Jahr 2008.

1. Verwaltungsgericht

a) Geschäftslast

Im Berichtsjahr 2008 sind insgesamt 240 Fälle, 235 Beschwerden und 5 Klagen, neu eingegangen. Dies sind elf mehr als im Vorjahr. Anfangs 2008 waren 74 Fälle anhängig. Von diesen pendenten und den im Berichtsjahr neu eingegangenen 240 Fällen wurden im Jahr 2008 deren 219 erledigt, womit die Zahl der hängigen Geschäfte per Ende 2008 95 betrug. Von den 240 neu eingegangenen Geschäften wurden im Berichtsjahr 150 erledigt; 69 weitere behandelte Fälle stammten aus den Vorjahren.

Das Schwergewicht der behandelten Geschäfte lag beim Bau-, Planungs- und Umweltrecht mit 39 Fällen (Vorjahr 37) sowie dem Ausländerrecht mit 44 Fällen (Vorjahr 58). Bei den neu eingegangenen Fällen nahmen vor allem jene aus dem Bau-, Planungs- und Umweltrecht erheblich zu (von 36 im Jahr 2007 auf 57 im Berichtsjahr). Gesamthaft kann von einer leicht angestiegenen Geschäftslast gesprochen werden.

Insgesamt wurden 36 (Vorjahr 52) Zwischenverfahren betreffend Gesuche um Gewährung der aufschiebenden Wirkung, Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege und Rechtsverbeiständung oder Erlass von vorsorglichen Massnahmen geführt, über die der Präsident im Rahmen einer besonderen verfahrensleitenden Verfügung zu entscheiden hatte. Diese Zwischenverfahren und -entscheide sind in den nachfolgenden Statistiken nicht separat aufgeführt.

Bei allen als erledigt ausgewiesenen Fällen ist im Berichtsjahr das begründete Urteil zugestellt worden. Für die Rechtsprechung wird auf die Publikationen St.Gallische Gerichts- und Verwaltungspraxis (GVP) 2008 sowie St.Galler Steuerentscheid (SGE) 2008 verwiesen. Dort werden 26 Auszüge zu grundsätzlichen Rechtsfragen veröffentlicht.

Nach Sachgebieten geordnet ergibt sich folgende Übersicht über den Gang der Geschäfte:

Rechtsgebiet	Übertrag vom Vorjahr	Einge- gangen	Insgesamt	Erledigt	Pendent
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	15	57	72	39	33
Enteignung	0	1	1	1	0
Gewerbebewilligungen	1	8	9	3	6
Jagd und Fischerei	1	4	5	4	1
Gebäudeversicherung	0	2	2	0	2
Sozialversicherung	5	3	8	5	3
Schätzung und Melioration	0	2	2	1	1
Gebühren, Vorzugslasten, Ersatzabgaben	2	5	7	4	3
Staatssteuer natürlicher Personen	5	14	19	12	7
Staatssteuer juristischer Personen	0	2	2	2	0
Gemeindesteuern	0	1	1	0	1
Direkte Bundessteuer	1	5	6	4	2
Strassenrecht	4	5	9	6	3
Öffentliches Dienstrecht	3	1	4	3	1
Verfahrensrecht	3	3	6	6	0
Politische Rechte	0	6	6	5	1
Ausländerrecht	7	46	53	44	9
Lebensmittelpolizei	0	0	0	0	0
Straf- und Massnahmenvollzug	1	9	10	8	2
Bildung, Erziehung, Stipendien	2	12	14	11	3
Sozialhilfe	3	8	11	7	4
Öffentliches Beschaffungswesen	5	14	19	13	6
Unentgeltliche Prozessführung	1	18	19	19	0
Öffentlich-rechtliche Klagen	11	5	16	14	2
Beschwerden in Klagefällen	1	1	2	1	1
Diverse	3	8	11	7	4
Total	74	240	314	219	95

Von den 95 Ende 2008 anhängigen Streitsachen waren zu jenem Zeitpunkt deren 8 sistiert.

Über die Art der Geschäftserledigung gibt folgende Zusammenstellung Aufschluss:

Rechtsgebiet	Insgesamt	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung ganz	Gutheissung teilweise
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	39	17	0	13	3	6
Enteignung	1	1	0	0	0	0
Gewerbebewilligungen	3	0	0	3	0	0
Jagd und Fischerei	4	0	0	2	2	0
Gebäudeversicherung	0	0	0	0	0	0
Sozialversicherung	5	3	0	2	0	0
Schätzung und Melioration	1	0	1	0	0	0
Gebühren, Vorzugslasten und Ersatzabgaben	4	1	0	2	1	0
Staatssteuer natürlicher Personen	12	4	0	4	2	2
Staatssteuer juristischer Personen	2	0	0	2	0	0
Gemeindesteuern	0	0	0	0	0	0
Direkte Bundessteuer	4	1	0	2	1	0
Strassenrecht	6	1	0	5	0	0
Öffentliches Dienstrecht	3	2	0	0	1	0
Verfahrensrecht	6	3	1	2	0	0
Politische Rechte	5	2	1	2	0	0
Ausländerrecht	44	13	0	27	2	2
Lebensmittelpolizei	0	0	0	0	0	0
Straf- und Massnahmenvollzug	8	2	0	3	3	0
Bildung, Erziehung und Stipendien	11	5	1	3	2	0
Sozialhilfe	7	4	1	2	0	0
Öffentliches Beschaffungswesen	13	8	0	2	2	1
Unentgeltliche Prozessführung	19	3	1	12	2	1
Öffentlich-rechtliche Klagen	14	1	0	12	1	0
Beschwerden in Klagefällen	1	0	0	0	1	0
Diverse	7	2	0	4	1	0
Total	219	73	6	104	24	12

Von den 219 erledigten Fällen lagen 200 im Zuständigkeitsbereich des Gerichts und 19 in jenem des Präsidenten als Einzelrichter. 73 Verfahren wurden durch Abschreibung erledigt, der überwiegende Teil davon infolge Rückzugs des Rechtsmittels bzw. Verzicht auf die Leistung des Kostenvorschusses oder Widerrufs der angefochtenen Verfügung.

Auch im Berichtsjahr konnte bei den meisten Fällen eine kurze Verfahrensdauer eingehalten werden. Das Verwaltungsgericht hat mehr als die Hälfte aller Fälle innert weniger als drei Monaten und 80 Prozent aller Fälle innert sechs Monaten nach Eingang der Beschwerde oder Klage erledigt. Die Dauer der Verfahren vom Eingang des Rechtsmittels bis zur Zustellung des schriftlich be-

gründeten Urteils (abzüglich der Dauer von Sistierungen) ergibt sich aus der nachfolgenden Zusammenstellung:

	Dauer des Verfahrens in Monaten			
	bis 3	bis 6	bis 9	über 9
Beschwerden und Klagen	111	65	28	15

Von den 15 Verfahren, die länger als neun Monate dauerten, entfielen zehn auf die Klagen der Berufsverbände und einzelner Personen aus dem Bereich des Gesundheitswesens. In den Amtsberichten der Vorjahre war auf diese Verfahren hingewiesen worden, mit denen gestützt auf das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann (GIG, SR 151.1) Lohnforderungen gegen den Kanton geltend gemacht wurden. Diese umfangreichen und komplexen Verfahren konnten im November 2008 abgeschlossen werden. Das Verwaltungsgericht entschied, dass sich die Lohngleichheitsklagen der Berufsgruppen der medizinischen Laborantinnen, technischen Operationsassistentinnen und medizinisch-technischen Radiologieassistentinnen als unbegründet erwiesen, weil diese im Vergleich mit den Polizisten nicht zu tief, sondern gar zu hoch eingestuft sind. Die Berufsgruppen der Hebammen und Krankenschwestern DN2 sind entsprechend dem eingeholten Gutachten im Vergleich mit den männerdominierten Berufsgruppen der Polizisten und der Rettungssanitäter (je nach Ausbildungstyp) sowie mit den weiblich dominierten Berufsgruppen der medizinischen Laborantinnen, technischen Operationsassistentinnen und medizinisch-technischen Radiologieassistentinnen sowie der neutralen Berufsgruppe der Diätköche zu tief eingestuft. Das Gericht ist vor diesem Hintergrund zur Überzeugung gelangt, dass die Einreihung der Hebammen und Krankenschwestern DN2 zwar eventuell in rechtsungleicher, aber nicht in geschlechtsdiskriminierender Weise erfolgt ist. Da sich die klagenden Hebammen und Krankenschwestern DN2 aber ausschliesslich auf das Gleichstellungsgesetz stützten und eine geschlechtsdiskriminierende Entlohnung rügten, wurden auch ihre Klagen als unbegründet abgewiesen. Ein Teil der Klägerinnen hat ihre Forderungen an das Bundesgericht weitergezogen.

Wie erwähnt, entfällt ein erheblicher Teil der Verfahren auf Fälle aus dem Bau-, Planungs- und Umweltrecht. Im Berichtsjahr hatten zahlreiche Urteile Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen zum Gegenstand. Die Anwendung des Raumplanungsrechts des Bundes führt häufig zu heiklen Abgrenzungsfragen, und öfters müssen Sachverhalte aus weit zurückliegender Zeit festgestellt werden. Hinzu kommt, dass an Bauten oftmals ohne behördliche Bewilligung Änderungen vorgenommen werden. Wenn sich diese in einem nachträglich durchzuführenden Bewilligungsverfahren als unzulässig erweisen, stellt sich die Frage der Rechtmässigkeit und der Verhältnismässigkeit des Abbruchs der unzulässigen Bauten. Sieben dieser Urteile werden in der GVP 2008 auszugsweise publiziert.

Im Berichtsjahr wurden beim Bundesgericht insgesamt 36 (Vorjahr 50) Beschwerden gegen Urteile und Zwischenentscheide des Verwaltungsgerichts erhoben. Das Bundesgericht hat 40 hängige Beschwerden entschieden, davon 20 aus dem Berichtsjahr und 20 aus dem Vorjahr. In zwei Fällen hat das Bundesgericht eine Beschwerde gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts gutgeheissen; zwei Beschwerden hat es teilweise geschützt.

In einem ausländerrechtlichen Fall hiess das Bundesgericht die Beschwerde eines in der Schweiz niedergelassenen Mannes aus Kosovo gut. Dieser bezog eine IV-Rente und Ergänzungsleistungen. Die st.gallischen Behörden verweigerten ihm den Familiennachzug der Ehefrau und der fünf Kinder wegen Fürsorgeabhängigkeit. Das Verwaltungsgericht bestätigte den Entscheid des Ausländeramts bzw. des Sicherheits- und Justizdepartements. Das Bundesgericht schützte jedoch die Beschwerde und hielt fest, IV-Renten und Ergänzungsleistungen seien keine Sozialhilfe- bzw. Fürsorgeleistungen im Sinne des Ausländerrechts (Urteil 2C_448/2007 vom 20. Februar 2008). In einem anderen ausländerrechtlichen Fall hiess das Bundesgericht die Beschwerde eines Türken gut. Dieser lebte sei 26 Jahren in der Schweiz. Er war schlecht integriert, und sein Verhalten gegenüber Ehefrau und Kindern stand im Widerspruch zu den in der Schweiz geltenden freiheitlichen Grundwerten, namentlich dem Recht auf Gleichstellung von Mann und Frau, dem Anspruch auf freie Meinungsäusserung sowie dem Recht auf Selbstbestimmung des Individuums. Auch schlechte Deutschkenntnisse und langjährige Arbeitslosigkeit zeigten eine mangelnde Integration. Das Verwaltungsgericht wies eine Beschwerde gegen die von den Ausländerbehörden angeordnete Ausweisung ab. Das Bundesgericht erachtete hingegen eine Ausweisung als unverhältnismässig (Urteil 2C_536/2007 vom 25. Februar 2008).

Aufgrund dieser beiden Urteile des Bundesgerichts setzten auf politischer Ebene Bestrebungen ein, dass eine Niederlassungsbewilligung nur noch bei guter Integration erteilt wird und Bezüger von Ergänzungsleistungen gegenüber Erwerbstätigen nicht bevorteilt werden.

b) Vollzug von Urteilen

Nach der Bestimmung von Art. 103 Abs. 1 VRP sind Urteile von der Verwaltung zu vollstrecken. Das Verwaltungsgericht hat im Berichtsjahr die Rechtspflegekommission des Kantonsrates auf mögliche Probleme beim Vollzug seiner Urteile hingewiesen. Anlass war ein im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehendes Gebäude, welches nach einem rechtskräftigen Urteil geändert bzw. teilweise abgebrochen werden muss, wobei aber über ein Jahr nach dem letztinstanzlichen Urteil der Vollzug noch nicht an die Hand genommen wurde. Im Interesse der Rechtssicherheit ist das Verwaltungsgericht bestrebt, dem Vollzug seiner Urteile Nachachtung zu verschaffen.

c) Unabhängigkeit der Justiz

Bisher vertrat das Sicherheits- und Justizdepartement den Voranschlag der Gerichte gegenüber dem Kantonsrat. Am 2. Juni 2008 erliess der Kantonsrat einen Nachtrag zum Gerichtsgesetz. Dieser berechtigt die Präsidenten des Verwaltungsgerichts und des Kantonsgerichts, an den Sitzungen der vorberatenden Kommission und des Kantonsrates zum Voranschlag der Gerichte teilzunehmen. Die Präsidenten haben beratende Stimme und das Recht, Anträge zu stellen (Art. 47 GerG). Der direkte Zugang zum Kantonsrat ist Ausdruck einer vertieften Unabhängigkeit der Justiz von der Regierung bzw. Verwaltung.

e) Aufsicht über Verwaltungsrekurskommission und Versicherungsgericht

Im Berichtsjahr hatte das Verwaltungsgericht über ein Gesuch um Bewilligung einer Nebenbeschäftigung für einen hauptamtlichen Richter zu entscheiden. Da es sich um ein Gesuch für eine Tätigkeit nach Art. 40 Abs. 2 Ziff. 2 GerG handelte, wies das Gericht das Gesuch ab.

2. Versicherungsgericht

a) Allgemeines

Aufgrund der markanten Verschiebungen bei den Neueingängen, insbesondere von AHV und ALV zur IV, wurde die Zuständigkeit für Fälle der IV ab 1. Januar des Berichtsjahres auf die Abteilung I ausgedehnt, welche nun neben der Abteilung II für Fälle aus dem Bereich der Invalidenversicherung zuständig ist. In der Tabelle der Pendenzen Anfang 2008 wurden die Ende 2007 bei der Abteilung II hängigen 425 Fälle der IV aufgeteilt, indem 128 Fälle der Abteilung I zugewiesen und 297 Fälle bei der Abteilung II belassen wurden.

b) Personelles

Nachdem in den letzten Jahren nur wenige Personalwechsel zu verzeichnen waren, mussten im Berichtsjahr fünf von insgesamt elf Gerichtsschreibern bzw. Gerichtsschreiberinnen ersetzt werden. Ein Teil dieser Wechsel entfällt auf befristete Anstellungen im Rahmen der im Sommer 2007 geschaffenen beiden a.o. Gerichtsschreiber-Stellen.

c) Geschäftslast

Die Neueingänge (905) sind im Vergleich mit dem Vorjahr (915) praktisch unverändert geblieben. Zusammen mit den höheren Pendenzen am Jahresanfang ist die Gesamtbelastung (1549) nochmals um 13,7% (+187 Fälle) angestiegen. Während bei der Arbeitslosenversicherung nochmals ein Rückgang der Neueingänge um beinahe einen Drittel (-37 Fälle) erfolgte, sind die Eingänge bei der Invalidenversicherung (+2,3%) und bei der Unfallversicherung (+14,5%) weiterhin steigend, allerdings nicht mehr derart stark wie in den Vorjahren. Auf diese beiden Rechtsgebiete entfallen rund drei Viertel der Gesamtbelastung des Gerichtes. Gegenüber 2007 konnte auch die Zahl der Erledigungen um 12,7% gesteigert werden. Die Pendenzen stiegen per Ende des Berichtsjahres auf 740 Fälle, was beinahe 92% der im abgelaufenen Jahr erledigten Fälle entspricht. Über 80 Prozent dieser Pendenzen entfallen auf die beiden Rechtsgebiete Invalidenversicherung (65,7%) und Unfallversicherung (15,5%). Von den 740 am Jahresende pendenten Fällen waren 336 spruchreif, d.h. bereit für Referaterstellung oder bereits zum Referat zugeteilt. 370 Fälle befanden sich noch in einem früheren Verfahrensstadium, und 34 Fälle waren sistiert. Die Verfahrensdauer ab Einschreibung betrug in 70% (Vorjahr: 88%) der erledigten Fälle ein Jahr oder weniger. 58% (Vorjahr: 71%) aller erledigten Fälle wurden innerhalb von 9 Monaten, 40% (Vorjahr: 47%) innerhalb von 6 Monaten ab Einschreibung erledigt.

Im Berichtsjahr wurden 97 Entscheide (12,0%) an das Bundesgericht weitergezogen. Im gleichen Zeitraum hat das Bundesgericht 142 Beschwerden gegen Entscheide des Gerichtes aus den Jahren 2006 bis 2008 beurteilt. Davon wurden 79 abgewiesen (56%, Vorjahr 4%), 8 teilweise (6%; Vorjahr 11%) und 36 vollumfänglich (25%; Vorjahr 20%) gutgeheissen. 14 Beschwerden (10%, Vorjahr 19%) wurden durch Nichteintreten erledigt, 5 wurden zufolge Rückzugs abgeschrieben.

Über die Belastung und die Erledigungen der einzelnen Abteilungen geben die nachfolgenden Aufstellungen und Angaben Aufschluss:

Statistik nach Eingängen, Erledigungen und Pendenzen

Rechtsgebiet	Pendenzen aus Vor-Perioden	Eingänge	Pendenzen Insgesamt	Erledigungen Gericht	Erledigungen Einzelrichter	andere Erledigungen *	Erledigungen	Pendenzen
AHV	12	22	34	12	11	0	23	11
Erwerbsersatzordnung	0	0	0	0	0	0	0	0
Familienzulagen	0	0	0	0	0	0	0	0
Kinderzulagen	10	2	12	6	6	0	12	0
Alimentenbevorschussung	0	1	1	0	1	0	1	0
Mutterschaftsbeiträge	1	1	2	1	1	0	2	0
Opferhilfe	1	6	7	3	1	0	4	3
Arbeitslosenversicherung	49	85	134	55	33	0	88	467
Mutterschaftsversicherung	0	0	0	0	0	0	0	0
Invalidenversicherung (1/3)	128	174	302	56	64	0	120	182
Total Abteilung I	201	291	492	133	117	0	250	242
Invalidenversicherung (2/3)	297	349	646	194	147	1	342	304
Hilfsmittel AHV	1	4	5	1	4	0	5	0
Ergänzungsleistungen	23	58	81	23	19	0	42	39
a.o. Ergänzungsleistungen	1	0	1	0	0	0	0	1
Total Abteilung II.	322	411	733	218	170	1	389	344
Krankenversicherung (Bund)	10	23	33	12	7	0	19	14
Krankenversicherung (Kanton)	5	12	17	13	2	0	15	2
Unfallversicherung	88	143	231	96	20	0	116	115
Militärversicherung	0	0	0	0	0	0	0	0
Berufliche Vorsorge	16	22	38	10	9	0	19	19
Total Abteilung III	119	200	319	131	38	0	169	150
Abt. Sch (Schiedsgericht Kranken- und Unfall- sowie Invalidenversicherung) . .	2	3	5	0	1	0	1	4
Total	644	905	1549	482	326	1	809	740

* Verfahrensvereinigung u.ä.

Statistik nach der Art der Erledigung

Rechtsgebiet	Insgesamt	Nichteintreten	Gutheissung	Teilweise Gutheissung	Abweisung	Abschreibung	Kostenspruch	Vorsorgeausgleich	andere Erledigung
AHV	23	0	4	8	8	2	1	0	0
Erwerbsersatzordnung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Familienzulagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Kinderzulagen	12	0	1	4	5	1	1	0	0
Alimentenbevorschussung	1	0	0	0	0	1	0	0	0
Mutterschaftsbeiträge	2	0	0	1	0	1	0	0	0
Opferhilfe	4	0	1	1	2	0	0	0	0
Arbeitslosenversicherung	88	5	12	22	43	5	1	0	0
Mutterschaftsversicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Invalidenversicherung (1/3)	120	1	13	23	35	46	2	0	0
Total Abteilung I	250	6	31	59	93	56	5	0	0
Invalidenversicherung (2/3)	342	7	50	69	94	112	9	0	1
Hilfsmittel AHV	5	0	0	0	4	1	0	0	0
Ergänzungsleistungen	42	0	1	14	15	10	2	0	0
a.o. Ergänzungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Total Abteilung II	389	7	51	83	113	123	11	0	1
Krankenversicherung (Bund)	19	3	5	1	5	5	0	0	0
Krankenversicherung (Kanton)	15	0	6	2	5	2	0	0	0
Unfallversicherung	116	4	18	11	67	13	3	0	0
Militärversicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Berufliche Vorsorge	19	0	7	0	3	6	0	3	0
Total Abteilung III	169	7	36	14	80	26	3	3	0
Abt. Sch (Schiedsgericht Kranken- und Unfall- sowie Invalidenversicherung). . . .	1	0	0	0	0	1	0	0	0
Total	809	20	118	156	286	206	19	3	1

3. Verwaltungsrekurskommission

a) Personelles

Nach über 35-jähriger Tätigkeit in der st.gallischen Rechtspflege trat Dr.iur. Bruno Paoletto, St.Gallen, auf Ende Oktober 2008 in den Ruhestand. Seit 1. Juni 1992 war er hauptamtlicher Richter der Verwaltungsrekurskommission, die er vom 1. Juli 1995 bis 30. Juni 1997 sowie vom 1. Juli 2001 bis 30. Juni 2003 auch präsidierte. Als Nachfolger wählte der Kantonsrat lic.iur. Urs Gmünder, Untereggen. Im Berichtsjahr trat zudem lic.iur. Ruedi Winet, Wil, nach rund zehnjähriger Tätigkeit als nebenamtliches Mitglied zurück. An seine Stelle wählte die Regierung auf Antrag des Verwaltungsgerichtes lic.iur. Beat Fritsche, St.Gallen.

b) Geschäftslast

Zu den Ende 2007 in den Abteilungen I bis VI pendenten 181 (189) Fällen sind im Berichtsjahr 947 (862) Neueingänge hinzugekommen. Davon betrafen 352 (348) das Abgaberecht (Steuern, Beiträge, Gebühren), 187 (131) das Verkehrsrecht (vor allem Administrativmassnahmen nach Strassenverkehrsrecht), 180 (156) die fürsorgerische Freiheitsentziehung sowie vormundschaftliche Massnahmen und 198 (184) die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (vor allem Haftüberprüfungen). Die restlichen 30 (43) Neueingänge verteilten sich auf die übrigen, in die Zuständigkeit der Verwaltungsrekurskommission fallenden Sachgebiete.

Die Verwaltungsrekurskommission hat im Berichtsjahr 144 (114) fachrichterliche Einvernahmen, 205 (194) Parteiverhandlungen und 10 (13) Einigungsverhandlungen und Augenscheine durchgeführt. In 10 (11) Fällen konnte zwischen den Beteiligten ein Vergleich herbeigeführt werden. An 101 (100) Sitzungen wurden 191 (222) Rekurse und Beschwerden sowie 74 (52) öffentlich-rechtliche Klagen durch Entscheid erledigt. 4 (10) Gerichtsentscheide ergingen auf dem Zirkulationsweg. 329 (299) Rekurse und Beschwerden und 101 (101) Klagen sowie 197 (186) Gesuche und Beschwerden im Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht konnten durch Präsidialverfügung oder Einzelrichterentscheid erledigt werden. Ausserdem wurden 24 (53) Begehren um unentgeltliche Prozessführung, Fristenwiederherstellung und aufschiebende Wirkung behandelt.

Insgesamt konnten 896 (870) Fälle erledigt werden. Damit erhöhte sich die Zahl der pendenten Fälle per Ende 2008 gegenüber Ende 2007 um 51 auf 232 (181). Von den 232 Pendenzen wurden 224 im Jahr 2008 und 7 im Jahr 2007 eingeschrieben. Eine Streitsache wurde im Jahr 2006 eingeschrieben. 14 (17) Streitsachen sind sistiert. Über die Geschäftslast gibt die nachfolgende Tabelle Auskunft.

Verwaltungsrekurskommission – Übersicht über die im Jahre 2008 behandelten Rekurse, Beschwerden, Klagen und Gesuche

	Erledigung durch						
	Am 1. Jan. 2008 übernommen	Neu- eingänge 2008	Total	Gericht	Präsident	am 31. Dez. 2008 noch anhängig	Weiterzüge
Abteilung I							
(Abgaben und öffentliche Dienstpflichten)							
1. Kammer.	114	292	406	115	175	116	19
2. Kammer.	11	60	71	14	28	29	5
Abteilung II							
(Schätzungen, Landwirtschaft und Jagd)							
1. Kammer.	10	8	18	10	3	5	8
2. Kammer.	1	10	11	2	8	1	2
3. Kammer.	3	7	10		4	6	
Abteilung III							
(Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung und Fürsorge)							
	1	5	6	2	2	2	
Abteilung IV							
(Verkehr)							
	34	187	221	50	109	62	2
Abteilung V							
(fürsorgerische Freiheitsentziehung und vormundschaftliche Massnahmen)							
	6	180	186	76	101	9	4
Abteilung VI							
(Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht)							
	1	198	199		197	2	5
	181	947	1128	269	627	232	45

c) Art der Erledigung und Dauer der Verfahren

Über die Art der Geschäftserledigung gibt die nachfolgende Statistik Aufschluss:

					Gutheissung		
	Insgesamt	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	ganz	teilweise	Rückweisung
Abteilung I							
(Abgaben und öffentliche Dienstpflichten)							
1. Kammer.	290	175	5	65	19	20	6
2. Kammer.	42	24	6	7	2	2	1
Abteilung II							
(Schätzungen, Landwirtschaft und Jagd)							
1. Kammer.	13	2	2	2		7	
2. Kammer.	10	8		1		1	
3. Kammer.	4	4					
Abteilung III							
(Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung und Fürsorge)							
	4	2			1		1
Abteilung IV							
(Verkehr)	159	92	1	47	10	5	4
Abteilung V							
(fürsorgerische Freiheitsentziehung und vormundschaftliche Massnahmen)							
	177	100	1	45	30		1
Abteilung VI							
(Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht)							
	197	1	1	175	17	3	
Total	896	408	16	342	79	38	13

Die Dauer der Verfahren der 896 erledigten Streitsachen vom Eingang bis zur Zustellung des Entscheides, abzüglich der Dauer von Sistierungen, ergibt sich aus der folgenden Zusammenstellung:

	Dauer des Verfahrens in Monaten					
	bis 1	bis 3	bis 6	über 9	bis 12	über 12
Rekurse, Beschwerden, Klagen und Gesuche	472	177	92	102	46	7

45 Entscheide der Verwaltungsrekurskommission wurden im Jahr 2008 bei den Rechtsmittelinstanzen (Verwaltungsgericht und Bundesgericht) angefochten. Im Berichtsjahr hat das Verwaltungsgericht 22 Beschwerden entschieden. 16 Beschwerden wurden abgewiesen bzw. durch Abschreibung oder Nichteintretensentscheid erledigt, während vier Beschwerden ganz und zwei Beschwerden teilweise gutgeheissen wurden. Im gleichen Zeitraum hat das Bundesgericht 12 Rechtsmittel beurteilt. Zwei Rechtsmittel wurden ganz, ein Rechtsmittel teilweise gutgeheissen, die übrigen neun durch Abweisungs- bzw. Nichteintretensentscheide oder Abschreibung erledigt.

St.Gallen, 20. Februar 2009

Im Namen des Verwaltungsgerichtes
Der Präsident:
Prof. Dr. Ulrich Cavelti

